



Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden
Zinserate die dreispaltige Zeile ober
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Bundes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Saitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Saitpoldstraße 9.

Inhalt: Der Generallstreik in Belgien. — Die Metall- und Maschinenindustrie in Württemberg. — Anträge zum 4. Deutschen Gewerkschaftskongress. — Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung. — Oh, diese schlechten Zeiten! — D. M. W.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Aus den Agit.-Bezirken: An die Verwaltungsstellen im III. Bezirk. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Aus anderen Berufen zc. — Literatur.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Paris**, da dort ebenfalls große Arbeitslosigkeit herrscht und die zureisenden Metallarbeiter aus Deutschland wegen Unkenntnis der Sprache vielfach zum Lohnbrüder gegen ihre französischen Kollegen gebraucht werden;
- von Drahtziehern nach **Hörmersdorf a. d. E.** (Kupferwerke in Oesterreich);
- von Drehern nach **Berlin** (Altmann, Motorfahrzeugfabrik) Str.; nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik);
- von Feingoldschlägern nach **Dresden, Leipzig, Nürnberg, R. und Schwabach** (Besonders von den Werkstätten W. Wüthner, Hunger, Schlüpfinger);
- von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach **Berlin** (S. Löwe); nach **Sielesfeld** (Droop & Wein); nach **Sunzlan** (Wunzlauer Eisenwerke, Gießerei von Breitenfeld & Schulz, Gießerei von W. Bröckel) Lohnreduktion; nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Heidenau** bei Pirna (Kochtisch & Schneider);
- von Klempnern und Emailarbeitern nach **Breslau** (Filiale Julius Pintsch, Gasmesserfabrik); nach **M. Gladbach** (Robert Jansen); nach **Mühlhausen i. Glf.** (Weierle, Fabr. f. Zintornamente);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Wartstein** in Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;
- von Metallbründern nach **Fürth** (Metallwaarenfabrik Gasslbacher) W.;
- von Metallschlägern nach **Nürnberg** D.;
- von optischen Industriearbeitern nach **Kathenow** (Müller);
- von Schleifern nach **Höbeln** (Thierfelder & Riedel) W.;
- von Schlossern und Schmieden nach **Berlin** (Altmann, Motorfahrzeugfabrik); nach **Großenhain** (Webstuhlfabrik); nach **Zuchhausen** bei Kronenberg (Gleff); nach **Mühlhausen i. Glf.** (Weierle, Fabr. f. Zintornamente, Eisenkonstruktion und Kunstschmiede); nach **Wittenberg** (Eisenwerk Joly);
- von Schraubendrehern nach **Zuchhausen** bei Kronenberg (Gleff).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Der Generallstreik in Belgien.

Bei unsern Arbeitsbrüdern in den romanischen Ländern spielt seit Jahren der Gedanke des Generallstreiks eine große Rolle, namentlich aber in Frankreich, wo von seiner Durchführung und seinem Gelingen förmlich die Lösung der sozialen Frage abhängig gemacht wird. Die Anhänger des Generallstreiks in Frankreich müssen sich von dessen Durchführung ganz sonderbare Vorstellungen machen. Wir nüchternen Deutschen wissen, daß zur Durchführung eines zielbewußten Unternehmens auch einige Voraussetzungen erfüllt sein müssen. So müssen die Arbeiter organisiert sein und über Geld verfügen, wenn sie nur einen kleinen, lokal begrenzten Streik unternehmen wollen; unorganisierte Arbeiter streifen wohl hier und da auch, aber es geht dabei immer planlos zu, es fehlt die Organisation und die mit ihr verbundene Disziplin, die bewußte Solidarität und es fehlt auch das nach Montecuccoli zum Kriegsführen unentbehrlichste Kampfmittel: das Geld. Endet ein derart unorganisierter und planloser Streik einmal zu Gunsten der beteiligten Arbeiter, so kann man nur von einem glücklichen Zufall reden. Nun sind in Frankreich von 6,733,916 Arbeitern im Ganzen 419,761 oder 6,2 Prozent organisiert und da denkt

man nur immer an einen Generallstreik. Als ob die 6,300,000 unorganisierten Arbeiter dem Kommando irgend eines Gewerkschaftsführers Folge leisten würden. Es sind denn auch in Frankreich alle bisherigen Versuche zur Proklamierung und Durchführung eines Generallstreiks täglich gescheitert. In **Italien** liegen die Dinge ähnlich, ebenso in **Spanien**, wo vor Monaten in Barcelona in der That der allgemeine Streik ins Werk gesetzt, damit aber gar nichts erreicht wurde; dagegen sind Hunderte erschossen, verwundet und eingesperrt worden. Nun hatten wir auch in Deutschland bereits einmal einen Generallstreik, im vorigen Jahre, denjenigen der **Glasarbeiter**, der aber ebenfalls scheiterte, nachdem er mehr als eine halbe Million Mark an Unterstützungsgeldern usw. verschlungen hatte.

In Belgien spielte sich in den letzten Wochen der zweite Generallstreik ab, der wiederum wie sein Vorgänger von der Arbeiterpartei als Kampfmittel zur Erreichung eines politischen Zieles, des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, benutzt wurde. Der erste belgische Generallstreik fand im Jahre 1893 statt. Seit Ende der achtziger Jahre hatte die sozialdemokratische Partei eine großartige Agitation für die Erringung des Wahlrechts betrieben, das bisher nur den besitzenden Klassen zustand, da es ein Zensuswahlrecht war, also abhängig von einer bestimmten Steuerleistung, die 42 Fr. betrug. Natürlich war bei einem solchen plutokratischen Wahlrecht die Zahl der Wahlberechtigten eine verhältnismäßig geringe, sie betrug nur etwa 200,000 auf 6 Millionen Einwohner oder 3,3 Prozent, während beim allgemeinen Wahlrecht die Zahl der Wahlberechtigten in der Regel 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Da zu jener Zeit die Arbeiter in der Kammer nicht vertreten waren, so führten in derselben die Fortschrittler unter der Führung von Janion-Brüssel die Sache des allgemeinen Wahlrechts. Nach jahrelanger Verschleppung des Wahlrechts-Antrages wurde er am 11. April 1893 von der Mehrheit in der Kammer abgelehnt, worauf sodann die sozialdemokratische Partei mit der Proklamation des Generallstreiks antwortete. An demselben beteiligten sich in den großen Städten und Industriezentren viele Tausende von Arbeitern, es kam mit der Polizei und Bürgergarde an verschiedenen Orten, so in Mons und Charleroi, zu blutigen Zusammenstößen, wobei Arbeiter ermordet und verwundet wurden, aber die Massen-erhebung der Arbeiter selbst wirkte auf die liberale Regierung und ihre Kammermehrheit wie auf den König derart ein, daß ein neuerlicher Wahlrechtsantrag am 18. April 1893 angenommen wurde. Der politische Generallstreik hatte also die von ihm erhoffte Wirkung gethan, das Wahlrecht war erungen.

Es war das allgemeine, aber nicht das gleiche Wahlrecht. Wahlberechtigt war und ist nach demselben jeder Belgier vom 25. Lebensjahre an; ist er verheiratet, so hat er vom 35. Lebensjahre ab eine zweite Stimme und ist er akademisch gebildet, oder bekleidet er ein öffentliches Amt (d. h. ist er Beamter) oder hat er Grund- und Rentenbesitz im Mindestwert von 1600 Mk., so erhält er eine dritte Stimme. Es ist also das **P l u r a l w a h l r e c h t** in teuflich-raffiniertester Weise ausgetüftelt, um die Arbeiter zu pressen und die liberale Herrschaft auf ewige Zeiten zu befestigen. In der Praxis hat sich nämlich dieses vorläufige Wahlrecht so gemacht, daß 915,000 Wähler, wovon naturgemäß die große Mehrzahl Arbeiter, nur eine, 557,000 Wähler aber 2 bis 3 Stimmen, zusammen 1,353,000 Stimmen haben und somit die große Mehrheit der Wähler von der halb so starken Minderheit beherrscht, vergewaltigt und terrorisiert wird.

Die belgische Kammer zählt 152 Mitglieder, wovon alle zwei Jahre die Hälfte ausscheidet, um sich einer Neuwahl zu unterziehen, so daß die Mandatsdauer eines Abgeordneten 4 Jahre beträgt. Jeder Abgeordnete erhält eine feste Jahresentschädigung von 4000 Franken (3200 Mk.).

Zum ersten Male nach dem allgemeinen und Plural-Wahlrecht fand die Wahl im Oktober 1894 statt, wobei die sozialdemokratische Partei 334,500 Stimmen erhielt und 28 Mandate errang; die Liberalen erhielten 943,825 Stimmen und 104 Mandate und die Liberalen 544,237 Stimmen und 20 Mandate. Es war eine schöne Stimmenzahl, die sich zum größten Teil auch mit der Wählerzahl deckte, welche unsere Partei im ersten Ansturm erhielt, und nicht minder befriedigend war die Zahl der eroberten Sitze. Bei der letzten Wahl zur Erneuerung der Hälfte der Abgeordneten im Jahre 1900 — die Wahlzeit ist seit 1896 aus parteipolitischen Gründen von den Liberalen auf den 25. Mai verlegt worden — erhielten die Sozialdemokraten 467,000 Stimmen und 33 Mandate, die Liberalen ebenfalls 33, die Liberalen 85 Mandate und die christlichen Demokraten 1 Mandat, so daß die Oppositionsparteien zusammen 67 gegen 85 Mehrheitsstimmen der herrschenden Liberalen besaßen, also eine Mehrheit von nur 19 Stimmen, die aber bisher genügte, jeden Fortschritt in Sachen der Wahlrechtsreform zu verhindern. Gegenüber 1894 haben die Liberalen 19 Stimmen eingebüßt, gegen 1898 aber, wo sie 112 Mandate besaßen, gar 27, was beweist, daß ihre Herrschaft doch keine unangreifbare, keine für alle Ewigkeit gesicherte ist.

Vor zwei Jahren begann die sozialdemokratische Partei die Agitation aufs Neue für die Erringung des gleichen Wahlrechts, zu welchem Zwecke sie sich mit den Liberalen verband. Die Forderung lautete: Allgemeines und gleiches Wahlrecht für jeden Belgier vom 21. Lebensjahre an und Proportionalwahl; das im sozialdemokratischen Programm enthaltene Frauenstimmrecht wurde auf Verlangen der verbundenen Liberalen einstweilen nicht gefordert. Als Kampfmittel zur Erreichung des gesteckten Zieles wurde unter Anderem wiederum der Generallstreik, der 1893 so erfolgreich angewandt worden war, in Aussicht genommen. Als nun in der Kammer, die nach den Osterferien, am 8. April, ihre Tätigkeit wieder aufnahm, die Aussichten für die Durchbringung des Wahlrechtsantrages sich verschlechterten und als die brutale Polizei bereits auf friedliche Demonstrationen geschossen und eingehauen und viele getödtet und verwundet hatte, erließ der Generalrat (Partei-vorstand) in Brüssel am 13. April den Aufruf an die Arbeiter zum Generallstreik. Der Aufruf hatte eine wunderbare Wirkung; binnen wenigen Tagen standen 350,000 Arbeiter in Reih und Glied, bereit zum Gange, um ihr Recht zu erkämpfen. Die Gesamtzahl der belgischen Arbeiter beträgt 1,408,594, wovon 70,000 oder 5 Proz., also eine kleine Zahl, arbeitslos organisiert sind.

Am 18. April wurde trotz des noch nicht dagewesenen riesigen Generallstreiks von 350,000 Arbeitern — eine Revolutionsarmee, wie sie die Welt noch nicht sah — in der Kammer der Wahlrechtsantrag mit 82 gegen 64, also mit einer Mehrheit von 18 Stimmen, verworfen und gleichzeitig die Kammer bis zum 22. April vertagt. In der Zwischenzeit sollten, das war wohl der Plan der Regierung, die 60,000 Soldaten wie die Bürgergarde und die Polizei die ganze mächtige Bewegung im Blute ersticken.

Was thun? Das war nun die schwierige Frage. Der Generalrat beschloß nun am 20. April die Einstellung des Generallstreiks, nachdem er eine Woche gedauert, und in einem neuerlichen Aufruf an die Arbeiter forderte er sie auf, die Arbeit

wieder aufzunehmen. Viele Tausende von Arbeitern bäumten sich dagegen auf, unverständlicher Sache wieder zur Arbeit zurückzuführen, aber unter den obwaltenden Umständen blieb ihnen leider nichts Anderes übrig. Daß es aber so gekommen, verschuldet der Generalrath in Brüssel, in der Hauptsache Vandervelde, der einflußreiche Führer, der noch viel zu sehr im Lager der bürgerlichen Parteien steht (der Radikalen und Liberalen) und der denn auch auf dem außerordentlichen Kongreß vom 4. Mai in Brüssel erleben mußte, daß ihn die ob der völlig verfehlten und zusammengebrochenen Taktik empörten Arbeiter nicht mehr reden ließen; ein bedauerliches tragisches Ereigniß!

Worauf es aber hier ankommt, das ist das wunderbare Gelingen des Generalstreiks trotz des unbefriedigenden Standes der Gewerkschaftsbewegung. Eine solche Disziplin und Ordnung im Aufmarsch wie im Rückzug, worüber selbst die Offiziere der stehenden Armeen staunen mußten, konnte man bis zum belgischen Experiment für unmöglich halten. Die belgischen Arbeiter haben gezeigt, daß der Generalstreik durchführbar ist — wenigstens in Belgien, dem kleinen, dichtbevölkerten Lande mit bestimmten Industriezentren und großen Städten. Denn aus dem Gelingen des Generalstreiks in Belgien darf man nicht ohne Weiteres auch auf seine Durchführbarkeit in anderen Ländern, in den großen Industriestaaten, schließen.

Der unbefriedigende Ausgang des belgischen Generalstreiks hat aber noch etwas Anderes gelehrt, nämlich, daß er von langer Hand her planmäßig vorbereitet, organisiert, daß ein großer Kampffonds von Millionen gesammelt werden und daß man von vornherein mit allen Möglichkeiten und Möglichkeiten rechnen muß. All das war diesmal natürlich worden, nicht durch Schuld der auf der Höhe der Situation gestandenen Arbeiter, sondern durch die Schuld der Paralyse, die den reinen Klassenkampfstandpunkt verließ und ein löhrendes Kompromiß mit verräterischer liberaler Kapitalisten abgeschlossen hatte — und daran übertriebene der wunderbare Generalstreik der belgischen Arbeiter.

Die Metall- und Maschinenindustrie in Württemberg.

Aus den Berichten der württembergischen Fabrikinspektoren.

Auch der jüngst erschienene Berichtsband der württembergischen Fabrikinspektion betreffend ihre Thätigkeit im Jahre 1901 ist wiederum wie früher in Stuttgart und nicht wie im Vorjahre in Berlin gedruckt, so daß die bezügliche Kritik in der Presse nicht unsonst war. Aber erschienen ist der Bericht dennoch abermals um etwa 6 Wochen später als ehedem, wo er gewöhnlich in der ersten Hälfte des Monats März veröffentlicht wurde. Erfreulich ist die wiederholte Anerkennung der sozialen und kulturellen Bedeutung der Bestrebungen der organisierten Arbeiterklasse.

Uebereinstimmend konstatieren alle drei Berichte die empfindliche Verschlechterung der allgemeinen Geschäftslage unter dem Einfluß der anhaltenden Wirtschaftskrise, wovon besonders die Metall- und Maschinenindustrie in Württemberg gezogen ist. Im Stuttgarter Aufsichtsbezirk wurde von der Krise in erster Linie die Eisenindustrie, besonders die Maschinenfabriken, Stiefel-, Schmieden und Eisengießereien, in zweiter Linie die Textilindustrie betroffen; von den Bauwerken litt besonders auch die Bauhölzerei. Arbeiterentlassungen in großem Umfang seien zwar möglichst vermieden worden, doch wurden in einzelnen Betrieben überzählige Arbeitskräfte nach und nach entlassen, ausgetretene Arbeiter in den Verhältnissen nicht mehr erzielt, so daß in diesen die Arbeiterzahl seit Ende des Jahres viel geringer war als zu Anfang desselben. Das gilt nicht nur von den Großbetrieben; auch in vielen kleineren Betrieben, wo früher 2 bis 3 Gehilfen und einige Lehrlinge beschäftigt waren, sind nur noch 1 Gehilfe und einige Lehrlinge anzutreffen. Bei Beginn der Wintermonate sei der Geschäftsgang in einzelnen Fabriken so ungünstig gewesen, daß kaum noch mit der Hälfte der früheren Arbeiterzahl und auch mit dieser nicht voll gearbeitet werden konnte. Hierzu kommen noch schlechte Preise, ungünstige Zahlungsbedingungen, sowie Kursverluste und sonstige Verluste, welche manche Arbeitgeber in eine überaus schwierige Lage brachten. Als ein Stück ist es anzusehen, daß das Exportgeschäft weniger gelitten hat, als der Absatz im Inlande. . . Soweit es möglich war, wurden langjährige und verheiratete Arbeiter weiter beschäftigt, oder, wenn sie entlassen werden mußten, ihnen erst später die Wiederbeschäftigung in Aussicht gestellt. . . Nur sehr vereinzelt hatten Fabriken das ganze Jahr über vollen Beschäftigung und haben sich

genötigt, weitere Arbeiter einzustellen“ Eine allgemeine Besserung der Lage in nächster Zeit erwartet der Aufsichtsbeamte mit Recht nicht, doch befürchtet er auch keine weitere Verschlimmerungen.

Die Lohnsätze sind, wie von den Unternehmern und den Arbeitern vielfach mitgeteilt worden ist, an sich meistens gleich geblieben, doch müssen die Arbeiterfamilien mit einem sehr fühlbaren Minderherdienst rechnen in Folge der ungenügenden Beschäftigung. Dazu kam dann noch auf der andern Seite, daß das Berichtsjahr für die Landwirtschaft nicht günstig war und so die notwendigen Lebensmittel nur in geringerer Qualität und zu hohen Preisen beschafft werden konnten; auch die Fleischpreise stiegen auf eine bisher seltene Höhe. „Die Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel und der landläufigen Getränke, auch die Preissteigerung der Brennmaterialien sind einer Mindereinnahme der Arbeiterfamilien gleich zu achten und es kann somit wohl von einer ungünstigen Beeinflussung der Lebenshaltung der Arbeiter durch die Verhältnisse gesprochen werden.“ In Zusammenhang mit der schlechteren Gestaltung der Lebensverhältnisse der Arbeiter steht unverkennbar der weitere „erfledliche Aufschwung“ der Konsumvereine, zu denen noch, veranlaßt durch die Erhebung des Brennmaterials, Roafs-, Kohlen- und Sparvereine hinzukamen. Die Stuttgarter Gemeindeverwaltung ermöglichte in den städtischen Verkaufsstellen den Bezug von Brennmaterialien in kleinen Quantitäten zu Engras-Preisen, wozu der Bericht ehrlich bemerkt: „Nicht verschwiegen soll werden, daß die Presse, in erster Linie die Arbeiterpresse, auf diesen Gemeinderathsbeschuß nicht ohne Einfluß gewesen ist.“

Auch im 2. Bezirke, der Stuttgart-Amt, Eßlingen, Leonberg usw. umfaßt, ergaben die vom Aufsichtsbeamten angestellten eingehenden Erhebungen, daß hauptsächlich die Maschinen- und Werkzeugfabriken, sowie Eisengießereien unter dem schlechten Geschäftsgange litten, ferner Textilindustrie, Baugewerbe, theilweise auch die Möbelfabrikation. Betriebseinschränkungen, theils durch Entlassung von Arbeitern, theils durch Verkürzung der Arbeitszeit, sind im Laufe des Jahres vielfach vorgekommen, namentlich vom Herbst an. Wenn davon verhältnismäßig nur wenige Betriebe betroffen wurden, so rührt dies daher, daß einmal verschiedene Betriebsunternehmer es vorzögen noch als das kleinere Uebel betrachteten, mit geringem oder auch keinem Nutzen voll weiter zu arbeiten, als ihre gut geschulten Arbeiter zu verlieren und daß weiter in den Kreisen der ersten ein wachsendes sozialpolitisches Bewußtsein vorhanden ist. „So äußerten sich manche Arbeitgeber dem Berichterstatter gegenüber dahin, daß sie sich für verpflichtet halten, ihren Arbeitern, welche in guten Zeiten für sie gearbeitet haben, auch in schlechten Zeiten Gelegenheit zu auskömmlichem Arbeitsdienst zu geben, selbst wenn sich dies nur mit Opfern ermöglichen lasse. Trotz solcher sehr anzuerkennender Fürsorge, die sich indessen nicht überall fand und obgleich es auch unter den unter Geschäftsklage am meisten leidenden Industriezweigen verschiedene Betriebe gab, denen es nie an Aufträgen fehlte, hat die Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres allmählich doch einen über das gewöhnliche Maß hinausgehenden Umfang angenommen.“ So beschäftigten nach den Erhebungen des Aufsichtsbeamten 15 von dem schlechten Geschäftsgang am härtesten betroffenen Betrieben der Maschinen- und Werkzeugfabrikation im Herbst des Berichtsjahres insgesamt 2358, im Herbst des Berichtsjahres aber nur noch 1854 Arbeiter; die Abnahme beträgt 504 Arbeiter entsprechend 21,4 Prozent. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit wurde auch durch die Veröffentlichungen der Arbeitsämter dargelegt. Wenn auch in den Gemeinden, wo größere Arbeiterentlassungen stattgefunden haben, nach Ansicht der Behörden von einem eigentlichen Nothstand nicht gesprochen werden konnte, so ließ sich doch nicht verkennen, daß durch dieselben nicht wenigen Arbeitern, worunter auch höher qualifizierten und an eine bessere Lebenshaltung gewöhnten, Einschränkungen, wenn nicht Entbehrungen auferlegt wurden, die unumkehrbar zu beklagen waren, als die meisten der Entlassenen unverschuldet in solche Lage gerathen sind. Das von Seite der Arbeiter und auch sonstiger Arbeiterfreunde vielfach geäußerte Verlangen nach Vorbeugungsmaßnahmen gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit erfordern daher begründet und wäre zu wünschen, daß es dem vereinten Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vielleicht unter staatlicher Beihilfe gelingen möge, auf diesem Gebiete durch zweckmäßige Einrichtungen erfolgreich zu sein.

Eine Herabsetzung der Löhne wurde namentlich in Maschinen- und Werkzeug-

fabriken sowie Eisengießereien vorgenommen und zwar um 10, 20 und mehr Prozent, so daß die Arbeiter dadurch empfindliche Einbußen an ihrem Arbeitsverdienst erlitten haben. Wo außer der Lohnherabsetzung auch noch Einschränkung der Arbeitszeit stattfand, hat sich das Lohneinkommen mancher Arbeiter so sehr vermindert, daß sie sich mit ihren Familien nur unter großen Entbehrungen durchzubringen vermochten. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist noch weiter auch durch die Vertheuerung des Obstmostes, der das Hausgetränk der Arbeiter ist, in Folge der schlechten Obsternte und durch die in vielen Orten eingetretene Steigerung der Fleisch- und Milchpreise verschlechtert worden.

Die gleichen Schilderungen von dem wirtschaftlichen Niedergang bietet auch der Bericht über den 3. Aufsichtsbezirk (Ulm, Litzlingen, Göppingen, Geislingen usw.) In 3 Maschinenfabriken sind demnach Lohnreduktionen von 10 und 15 Prozent vorgekommen, außerdem wurde in verschiedenen industriellen Anlagen in der Weihnachtswochen überhaupt nicht gearbeitet. Mit Ausnahme der Metallwaarenfabriken, welche durchwegs noch gut beschäftigt waren, sind in fast allen übrigen Industriezweigen, namentlich in den Werkzeugmaschinenfabriken Betriebseinschränkungen durch Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen worden.

Eine graphische Darstellung gibt eine Uebersicht über die Arbeitslosigkeit, inwiefern sie in den Naturalverpflegungstationen zu beobachten ist und zwar handelt es sich dabei um diejenige in Göppingen und um die Jahre 1899, 1900 und 1901. Darnach mußten in den Herbst- und Wintermonaten die meisten, in den Monaten Mai und August die wenigsten Unterstüßungen verabsolgt werden. So im Monat Juni nur 5 bezw. 10, im Monat Dezember der 3 Jahre dagegen 843, 1083 und 1636 mit einem Kostenaufwand von 1339 Mk., 1594 Mk. und 3071 Mk. Sehr zutreffend wird dazu bemerkt, daß durch diese Darstellung die landläufige Anschauung widerlegt wird, als ob die Arbeiter im Sommer gerne herumziehen, obwohl sie Arbeitsgelegenheit hätten; hier zeigt sich ganz deutlich das Gegentheil, die stärkste Wanderung findet mitten im Winter statt und hier pflegt sie in den seltensten Fällen eine freiwillige zu sein.

Mit Anerkennung erwähnt Herr Gardegg, der Aufsichtsbeamte des 3. Bezirkes, die Opfer der Gewerkschaften für die Orts- und Reiseunterstützung der Arbeitslosen. So sind nach den Aufzeichnungen der Gewerkschaftskartelle in Ulm, Göppingen, Geislingen, Heidenheim und Ravensburg 10,853 Mark an Reise- und 1481 an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt worden. Von der Reiseunterstützung entfallen allein auf Ulm, wo der größte Verkehr der Wandernden stattfindet, 7783 Mk. (= 73,5 Prozent), von der Arbeitslosenunterstützung 976 Mk. (= 65,9 Proz.) und von den Gewerkschaften partizipieren daran am meisten der Buchdruckerverband mit 6258 Mk. und der Metallarbeiterverband mit 1224 Mk. Die Kirch- und Dunder'schen vorausgaben nur 1354 Mk. für beide Unterstützungsarten, die konfessionellen Arbeitervereine gar nichts — da wird eben mehr Gewicht auf die Seelenspeise als auf die Lebensnahrung gelegt, aber natürlich nur bezüglich der Arbeiter; die Geistlichen und reichen Katholiken schämen für sich auch die leiblichen Gemüthe sehr hoch. Der Bericht hebt noch hervor, daß der Metallarbeiterverband mit der Arbeitslosenunterstützung die besten Erfahrungen gemacht hat, indem er sich gefestigt und der starke Wechsel im Zu- und Abgang der Mitglieder aufgehört hat.“ Woraus ersichtlich, daß die Fabrikinspektoren der Entwicklung und dem Stande der Gewerkschaftsbewegung ernste Aufmerksamkeit widmen. —

Von Interesse ist, daß trotz der Krise eine Weiterentwicklung der Industrie stattfand und zwar vermehrte sich die Zahl der Industriebetriebe von 8731 in 1900 auf 9218 und die Zahl der Arbeiter von 159,725 auf 164,007, um 477 bzw. 4282. Die Metall- und Maschinenindustrie nahmen folgende Entwicklung:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1901	1900	1901	1900
Betriebe	773	703	832	772
Arbeiter überhaupt	23 044	20 704	28 092	27 389
Darvon erwachsene .	20 354	18 227	23 311	24 642
„ männliche . . .	17 547	15 491	23 550	23 250
„ weibliche . . .	2 007	2 736	1 761	1 392
„ jugendliche . .	2 480	2 477	2 781	2 747
„ männliche . . .	1 893	1 911	2 443	2 412
„ weibliche . . .	597	566	338	335

Demnach haben beide Industriegruppen trotz der Krise sowohl bezüglich der Zahl der Betriebe wie der

Arbeiter eine weitere Zunahme erfahren, die aber am Schlusse des Berichtsjahres wieder sehr vermindert worden sein dürfte. Dabei handelt es sich, wie bezüglich des ersten Bezirkes im Berichte ausgeführt wird und übrigens aus der Statistik selbst ersichtlich ist, meistens um Kleinbetriebe, welche die vielfach gebotene Gelegenheit zur Erwerbung billiger Betriebskraft von elektrischen Zentralanlagen sich zu Nutzen machten und in Folge des mechanischen Betriebes unter die Gewerbeinspektion kamen; ferner wurden aus der Gruppe III, Bergbau, Hüttenwerke usw. alle Betriebe, wie Hammerwerke usw., welche sich mit der Anfertigung von Eisenwaren und Walzeisenprodukten beschäftigen, ausgeschieden und der Metallindustrie (Gruppe V) zugeteilt, so daß es sich bei deren Zunahme zum Theil nur um eine statistische Verschiebung handelt und daher weitere Betrachtungen darüber sich erübrigen.

Anträge zum Vierten Deutschen Gewerkschaftskongress.

Zur Tagesordnung.

Vorstände der Verbände der Graveure, Banarbeiter, Stützer, Formstecher, Handschuhmacher, Maschinisten, Schmiede und Vergolder: Als Punkt 5 ist auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses zu setzen: „Die Stellung der Berufsorganisation zu den Industrieverbänden.“

Gewerkschaftskartell Duisburg: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: „Das System der privaten Pensionskassen auf den industriellen Werken.“ (Als Referenten hierfür zu bestimmen Genossen Gue- oder Dittell-Essen.)

Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle München): Punkt 2 das „Reichsarbeitersekretariat“ ist unter Punkt 5 der Tagesordnung zu behandeln.

Punkt 2 der Tagesordnung.

a) Agitation (allgemeine).

Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter: Aus den Mitteln der Generalkommission ist, auf gleicher Grundlage wie in Benthien, ein Arbeitersekretariat in Saarbrücken zu errichten.

Vorstand des Verbandes der Lithographen und Steinbrücker: Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, die Einrichtung peripatrischer Unterrichtskurse über die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands ansüchlich erwägen und eventuell zur Ausführung bringen zu wollen.

H. Mohr (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften, für jede Provinz (resp. für bestimmte Landestheile) Provinzial-Agitationskommissionen, bestehend aus den Agitationsleitern aller Gewerkschaften, zu bilden. Denselben fällt die Aufgabe zu, sich gegenseitig in der Provinzial-Agitation zu unterstützen durch Austausch von Adressen, Material für Flugblätter, statistische Fragebogen, durch Anknüpfung von Verbindungen, Erledigung von Aufträgen, Anweisung für die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle etc.

b) Agitation unter den Arbeiterinnen.

Vorstand des Verbandes der Buchdruckerhilfsarbeiter: Da es erwiesen ist, daß zur Gewinnung von Arbeiterinnen für die Organisationen Frauen am besten und erfolgreichsten agitieren, beschließt der Kongress, daß die Generalkommission eine Agitationskommission, bestehend aus Frauen, zu ernennen hat, die dann die Pflicht hat, in allen Berufen und an allen Orten Deutschlands, wo Arbeiterinnen in der Industrie tätig sind, die Agitation unter diesen zu betreiben, um sie den Organisationen zuzuführen. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, dieser Kommission durch Ueberweisung von Material helfend zur Seite zu stehen und ist die Generalkommission verpflichtet, auch die Unkosten für Versammlungen usw. zu tragen, wenn die Gewerkschaften dazu nicht im Stande sind. Die der Agitationskommission entstehenden Kosten für Drucksachen, Post, Sitzungen usw. trägt die Generalkommission, und ist diese jederzeit berechtigt, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen und können Agitationskassen, für welche die Gewerkschaften die Kosten nicht übernehmen können, nur mit Zustimmung der Generalkommission unterommen werden. Die Kommission ist verpflichtet, halbjährlich im „Correspondenzblatt“ Bericht zu erstatten.

c) Streikunterstützung und Streikstatistik.

Gewerkschaftskartell für den Blaunschen Grund: Der Kongress wolle beschließen, eine Reorganisation des Streikwesens vorzunehmen, damit dasselbe einheitlich wird.

H. Mohr (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongress wolle beschließen: Um stets eine Uebersicht über die im Gange befindlichen Streiks und Ausperrungen zu haben, ist im „Corr.-Bl.“ außer den Streiknachrichten eine tabellarische Wochenübersicht sämtlicher Streiks und Ausperrungen, nach den Berichten der Partei- und Gewerkschaftspressen zusammengestellt, zu geben, etwa in der nachstehend angedeuteten Form:

In der Woche vom . . . bis . . . waren nachstehende Streiks usw. im Gange:

Datum des Ereignisses	Streik oder Ausperrung	Branche	Zahl der beteiligten Arbeiter		Forderungen
			Arbeiter	Betriebe	

d) Reichs-Arbeitersekretariat.

Generalkommission: Der Kongress beschließt: „Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichs-Arbeitersekretariat zu errichten, welches die Rechte, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Rechte in der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen hat.“

Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission.

Zur Deckung der durch die Errichtung des Reichs-Arbeitersekretariats entstehenden Ausgaben (die bis zum nächsten Gewerkschaftskongress den Betrag von 15.000 M. pro Jahr nicht überschreiten dürfen) wird der von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 Pfg. pro Mitglied und Quartal erhöht.

e) „Correspondenzblatt“; „Oswiata“; „L'Operaio Italiano“.

H. Mohr (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongress wolle beschließen: Alle Gerichtsurtheile von Wichtigkeit, insbesondere solche von grundsätzlicher Bedeutung, das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die gesamte Versicherungsgegebung betreffend, sind außer der Veröffentlichung im „Correspondenzblatt“ in einer nach Bedarf monatlich oder in längeren Zwischenräumen erscheinenden besonderen Beilage, nach Gesetzesparagrafen geordnet, als „Sammlung von Gerichtsurtheilen“ herauszugeben.

Diese Beilage ist den Empfängern des „Correspondenzblatt“ gratis zu liefern.

Ferner sollen die wichtigsten der bisher veröffentlichten Entscheidungen, in derselben Form zusammengestellt, als Broschüre herausgegeben werden.

Gewerkschaftskartell Bielefeld: Die Sitzung des Gewerkschaftskartells Bielefeld vom 5. November 1901 hat das allwöchentliche Erscheinen der „Oswiata“ im Interesse einer besseren und erfolgreicherer Agitation und als den Wünschen der polnischen Gewerkschaftsmitglieder entsprechend für unerlässlich.

Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle München): Zur Theilnahme an den Gewerkschaftskongressen sind als Delegirte nur Vertreter von Zentralverbänden berechtigt.

Punkt 3 der Tagesordnung.

Submissionswesen (Streiklausel).

Verband der Buchbinder (Zahlstelle Hamburg): Der Gewerkschaftskongress erteilt der Generalkommission den Auftrag, eine Eingabe an die deutschen Bundesregierungen zu richten, in welcher die Abstellung aller Mißstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gefordert, geregelt und insbesondere die Buchhansarbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimalste Grenze des freien Wettbewerbs eingeschränkt resp. verboten wird.

Punkt 8 der Tagesordnung.

Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Hamburg): Der Kongress wolle beschließen: „1. Den örtlichen Gewerkschaftskartellen ist es nicht gestattet, in die einzelnen Zweige der Zentralorganisationen einzugreifen, insbesondere nicht in das Bestreben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, soweit diese durch Statut geregelt sind. 2. In besonderen Fällen (Ausperrung und Abwehrstreiks) kann die in Frage kommende örtliche Organisation sich an das Kartell um Unterstützung wenden; dasselbe muß dann sofort Stellung dazu nehmen, ohne daß dem Kartell oder der Leitung desselben das Recht zusteht, an der Leitung der Bewegung theilzunehmen. 3. Die Sekretariate in den einzelnen Orten sind von den örtlichen Kartellen insoweit zu trennen, daß es nicht von der Zugehörigkeit der einzelnen Gewerkschaft zum Kartell abhängig gemacht wird, dem Sekretariat anzugehören. Die Ausbringung der Mittel hat von den Gewerkschaften, die das Sekretariat in Anspruch nehmen, nach ihrer Mitgliederzahl zu geschehen.“

Gewerkschaftskartell Grimmitzhan und Gewerkschaftskartell für den Blaunschen Grund: Der Kongress wolle beschließen: „Die Gewerkschaftskartelle sind nach Art der Zentralverbände zu zentralisieren und ist ihnen Sitz und Stimme auf den Gewerkschaftskongressen zu gewähren.“

Verband der Tabakarbeiter (Verwaltungsstelle Erfurt): Den Gewerkschaftskartellen ist eine Vertretung auf dem Gewerkschaftskongress zu gestatten.

Gewerkschaftskartell Liegnitz: Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen: „Den Gewerkschaftskartellen ist auf den Kongressen durch ein näher zu bestimmendes Wahlverfahren Vertretung zu gewähren, da dieselben über die Zustände, namentlich in den zurückgebliebensten Distrikten, am besten Aufschluß geben können.“

Gewerkschaftskartell für den Blaunschen Grund: Der Kongress wolle die Befugnisse der örtlichen Gewerkschaftskartelle festsetzen.

Verband deutscher Buchdrucker (Ortsverein Gesehmünde-Bremerhaven-Verhe): Der Ortsverein ersucht den Gewerkschaftskongress infolge des Verhaltens des Gewerkschaftskartells Bremerhaven und Umgegend, welches sich auf den Standpunkt stellt, daß es Sache der einzelnen Kartelle sei, welche Organisationen in demselben berieten sein können und welche nicht, folgenden Antrag seine Zustimmung zu geben:

„In den Gewerkschaftskartellen können nur Mitgliedschaften derjenigen Zentralorganisationen vertreten sein, welche von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anerkannt sind.“

C. Grimm (Buchbinder) Hamburg: Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen: In allen Orten, wo Gewerkschaftskartelle bestehen, freie Arbeitsämter mit Anschluß eines einheitlich organisierten Arbeitsnachweises sämtlich am Orte befindlichen Gewerkschaftsorganisationen zu errichten. Gleichzeitig fällt denselben die Aufgabe zu, alle Arbeiten, welche die am Orte befindlichen Kartelle zu lösen haben, zur Ausführung zu bringen. Die Verwaltung und Kontrolle steht unter der Regie der Kartelle. Die

Unterhaltungskosten dieser Institution tragen die Kartelle, welchen die Aufgabe obliegt, die erforderlichen Geldmittel prozentual von den am Orte befindlichen Organisationen zu erheben.

Punkt 9 der Tagesordnung.

Unterstützungsfond für Gewerkschaftsbeamte.

Verband der Tabakarbeiter (Zahlstelle Erfurt): Für die Gewerkschaftsbeamten ist eine Pensionsklasse zu gründen.

Punkt 10 der Tagesordnung.

Allgemeine Anträge.

Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes: Der Kongress wolle beschließen: „Die Generalkommission wird beauftragt, in allen Branchen eine Umfrage darüber zu veranstalten:

1. Wo und in welchen staatlichen und privaten Etablissements neben der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung noch anderweitige Pensionsklasseneinrichtungen für Arbeiter (sogen. Wohlfahrtskassen oder Pensionszuschußkassen) existieren und ob neben Invalidenpensionen auch eine Wittwen- und Waisenunterstützung eingeführt ist.

2. Ob und in welcher Höhe die Arbeiter Beiträge zu den betreffenden Kassen zu leisten haben.

3. Ob alle bei den betreffenden Etablissements in Arbeit stehenden Arbeiter als Mitglieder dieser Kassen-einrichtung beitreten müssen oder ob es ihnen freigestellt bleibt, Mitglied zu werden.

4. Wie hoch die Gegenleistungen dieser Kassen sind.

5. Ob die Kassenmitglieder einen statutarischen Rechtsanspruch auf die Kassenleistungen haben oder ob die Verwaltung der Kasse nach Belieben handeln kann.

6. Ob den Arbeitern, wenn sie vor ihrer Pensionierung aus dem die Mitgliedschaft bedingenden Arbeitsverhältnis ausscheiden, entweder:

a) ihre eingezahlten Beiträge zurückerstattet werden, oder

b) ob sie freiwillige Mitglieder der Kasse bleiben können und welche Beiträge sie als solche zu zahlen haben, und

c) ob sie als freiwillige Mitglieder noch das passive und aktive Wahlrecht für die Verwaltungskörperschaften dieser Kassen besitzen.

7. Inwieweit die Pensionskassen mit anderen gleichartigen Kassen ein Vertragsverhältnis abgeschlossen haben, nach welchem den aus der einen in die andere Klasse übergehenden Mitgliedern bei der Pensionierung die in der früheren Klasse erworbenen Anrechte angerechnet werden.

8. Ob auch die Beamten der betreffenden Etablissements Mitglieder derselben Pensionsklasse sind, zu welchen die Arbeiter gehören.

Die Generalkommission hat das durch die Umfrage gewonnene Material zusammenzustellen und zu veröffentlichen.

Ferner ist dem deutschen Reichstag das Material zu übermitteln, mit dem Ersuchen, die bei den Pensionskassen vorhandenen Uebelstände durch gesetzliche Maßnahmen zu beseitigen.

Insonderheit sollen solche Kassen durch Gesetzesbestimmung gehalten sein, allen aus dem betreffenden Arbeitsverhältnis ausscheidenden Mitgliedern ihre eingezahlten Kassenbeiträge auf ihren Wunsch zurückzuerstatten. Vergleichen diese Mitglieder auf die Rückzahlung ihrer Beiträge, so behalten sie die bis zum Austritt erworbenen Rechte an die Kasse, so daß sie bei später eintretender Erwerbsunfähigkeit, Pension oder, im Falle des Ablebens, die Hinterbliebenen die ihnen zustehende Rente erhalten.

Ferner soll es auch allen aus dem die Kassenmitgliedschaft bedingenden Arbeitsverhältnis ausscheidenden Pensionskassenmitgliedern freistehen, Mitglieder der betreffenden Pensionsklasse zu bleiben, unter Fortzahlung der Beiträge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge. Im letzteren Falle ist dann auch die zu gewöhnliche Pension den Beitragsjahren entsprechend weiter zu steigern.

Schließlich soll auch bei solchen Kassen zu den Wahlen aller Kassenvertreter das geheime, direkte, gleiche Wahlrecht für alle erwachsenen Kassenmitglieder, einschließlich der freiwillig fortsteuernden Mitglieder, gesetzlich eingeführt werden.

Vorstand des Buchbinderverbandes: Der Kongress erteilt, daß er, abgesehen von anderen bringend erforderlichen Aenderungen der Gewerbeordnung, eine Revision des § 134b für notwendig hält, und zwar ist in diesem Paragraphen: 1. die Bestimmung aufzunehmen, daß in Berufen, wo beiderseitig ausgearbeitete Lohnsätze bestehen, bei der Art der Lohnberechnung dieselben zu Grunde zu legen sind; 2. daß bei Verwendung der Strafgeelder den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht zusteht.“

Vorstand des Verbandes der Graveure: Der Kongress wolle beschließen: „Um den einzelnen Zentralorganisationen die unbedingt notwendige Kontrolle über die Berufskollegen zu geben, sind alle Gewerkschaftsorganisationen verpflichtet, die sich zum Eintritt melden, den, für welche eine Zentral-Berufsorganisation besteht, abzulehnen und der zuständigen Zentralorganisationen zu überweisen.“ Das Gleiche gilt auch für die bisherigen Mitglieder.“

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Berlin und München): Die Resolution Ruffe (Seite 211, Protokoll der Verhandlungen des dritten Gewerkschaftskongresses) ist aufzuheben.

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle München): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: „Die Lokal- und Branchen-Zentralverbände werden angewiesen, sich den Industrieverbänden anzuschließen, resp. sich zu solchen zu verschmelzen. Die Generalkommission wird beauftragt, im Sinne dieses Beschlusses vorzugehen.“

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Gesehmünde und Zahlstelle Schweinfurt): Der Kongress wolle beschließen, daß die Verbände der ungelerten Arbeiter sich zu einem Zentralverband zusammenschließen sollen.“

Vorstand des Verbandes der Putzmacher: Der Kongress wolle beschließen: „Von Mitgliedern, welche infolge Berufswechsels ordnungsgemäß aus ihrer bisherigen Organisation ausscheiden und einer anderen Organisation beitreten, darf kein Eintrittsgeld erhoben werden. Jede

durch die Generalkommission vertretene Gewerkschaftsorganisation hat einen diesbezüglichen Passus in ihren Satzungen aufzunehmen.

Schwarzarbeiterverband (Zahlstelle Guben): Der Kongreß erfaßt die Gewerkschaften, zu beschließen, „daß bei einem Vertritt der Arbeiter in eine für den neuen Beruf existierende, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation, ohne Erheben von Eintrittsgeld erfolgt und daß die Jahre der Zugehörigkeit zur ersten Organisation beim Uebertritt in die letztere angerechnet werden, da sonst die Mitglieder der durch die Länge der Zeit erworbenen Rechte ohne jede Gegenleistung verlustig gehen.“

Schwarzarbeiterverband (Zahlstelle Wilhelmshaven): Der Kongreß beschließt: „Mitgliedern einer Organisation ist es bei eventuellem Uebertritt in die Organisation der neuen Berufes mit den in der Organisation des alten Berufes erworbenen Rechten überzutreten, sofern sie ihren Pflichten in der alten Organisation gemißt haben.“

Verband der Buchbinder (Zahlstelle Hamburg): Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: „Die in der Generalkommission vereinigten Gewerkschaften Deutschlands gründen einen U n t e r s t ü t z u n g s f o n d s in der Form einer Zuschußkasse auf zentralistischer Grundlage, aus welchem die Gewerkschaftsmitglieder im Falle der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefall und dauernder Erwerbsunfähigkeit Unterstützung, resp. auf bestimmte Zeit eine Unterstüßung gewährt werden kann.“

Gewerkschaftskartell Grimmitzschau: Der Kongreß wolle beschließen, „daß die Maifeier in Zukunft durch Arbeitsruhe begangen wird.“

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Stettin): Der Kongreß erklärt: „Es ist dringend wünschenswert, die Maifeier noch imposanter als bisher, insbesondere noch mehr durch Arbeitsruhe, zu begehen. Da das Unternehmertum von Jahr zu Jahr stärkere Maßregeln zur Unterdrückung der Maifeier ergreift, und die Gewerkschaften zu Gegenmaßnahmen gezwungen.“

Als ein Mittel, in diesem Sinne zu wirken, empfiehlt der Kongreß den Gewerkschaften das Nachstehende:

1. In allen Betrieben, auf allen Bauten und Werkstätten usw., wo drei Fünftel und mehr der dort beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entschieden sich die Majorität für die Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschluß zu fügen.
2. Ausbesserungen und Maßregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen seitens der Arbeiter beantwortet werden.
3. Die wegen der Maifeier Gemachtungen sind von ihren Organisationen ausreichend zu unterstützen. Sofern die Geldmittel einer Organisation durch die Durchführung dieser Bestimmungen zu sehr ausgegriffen werden, wird denselben empfohlen, durch Ausgabe von Rainarben die entstandenen Kosten zu decken zu suchen.

A. Quist (Metallarbeiter) Kiel: Der Kongreß wolle beschließen, auf die Tagesordnung des 5. Gewerkschaftskongresses zu setzen: „Die Beschränkung des Zuganges zu einigen Gewerben durch Aufstellung von Lehrlingsstellen und verwandte Maßnahmen.“

Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung.)

Einer der Führer der christlich-sozialen Bewegung, dem seitens der leitenden katholischen bzw. Zentrumskreise am übelsten mißgezielt wurde, war der Gründer und Leiter des christlich-sozialen Arbeitervereins in Aachen, der Kaplan Cronenberg. Die Geschichte dieses Mannes ist eines der dunkelsten Kapitel der christlich-sozialen Bewegung. Der der christlich-sozialen Bewegung sehr sympathisch gegenüberstehende Schriftsteller A l p h o n s T h u n , dem wir hier in der Hauptsache folgen, schildert in einem „Der katholische Sozialismus in Aachen“ betitelten Kapitel seines lehrreichen Buches „Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter“ Cronenberg als einen Mann, der ausgezeichnet durch Begabung und höhere Bildung, Energie und vollkommene Aredigkeit, Ehrgeiz, Scharfsinn und rücksichtslose Verfolgung seiner Zwecke wie bernstein schien, der Führer der ersten selbstständigen Arbeiterbewegung zu werden.

Aachen ist seit je durch den r e l i g i ö s e n S a a t i s m u s seiner Bewohner, zu dem die jurliche und moralische Verwurzelung in recht eigenhümlichen Kontraste steht, nicht minder als durch die unerschöpfte Ausbeutung der Arbeiter seitens der Unternehmer bekannt geworden.

Als im ersten Drittel des verfloßenen Jahrhunderts sich die Industrie am Niederrhein ausbreitete, und durch die damit verbundene wirtschaftliche Umwälzung tausende von Handwerkern arbeits- und brotlos wurden, machte sich die Erregung der hungernden Arbeiter in katastrophalen Lust, bei denen die Fabriken zu erstrahlen, die Maschinen, in denen die Arbeiter die Konkurrenz erblickten, die ihnen Arbeit und Brot nahmen, zu zerstören gesucht wurden.

Auch in Aachen fand ein solcher Ansturm statt, der ein überaus trauriges Nachbild vor dem Kölner Spinnrad hatte, wobei von 73 Angeklagten 60 für schuldig befunden und zu insgesamt 495 Jahren Z w a n g s a r b e i t verurteilt wurden. Unter den Verurteilten befanden sich Kinder im Alter von 12 bis 13 Jahren. Seltsamlich dieses, wie auch verschiedener vor dem königlichen Gewerbegericht zu Aachen — einer aus der Zeit der napoleonischen Herrschaft stammenden Institution — festgehaltenen Prozesse wurde festgestellt, daß in der Aachener Industrie Kinder unter 7 Jahren täglich zehn Stunden gegen eine w ö c h e n t l i c h e Entlohnung von 15 Silbergroschen beschäftigt wurden, und daß selbst erwachsene in der Fabrik beschäftigte Personen bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends einen w ö c h e n t l i c h e n B e r d i e n s t von 2 Thalern erhielten, wobei recht w i l l f ü h r i c h e A b z ü g e bis zur Höhe von 1 Thaler in der Woche keine Schenkungen waren, und zwar bei Unter-

nehmern, die sich durch äußere Frömmigkeit ganz besonders hervorthaten. Auch heute ist in der Rheinprovinz nirgends die Kinderarbeit so im Schwunge, wie im Aachener Bezirke, auch heute noch werden dort den erwachsenen Arbeitern äußerst niedrige Löhne gezahlt.

Diese elenden materiellen Verhältnisse im Verein mit dem geistigen Druck erklärten die Verzumpfung weiter Aachener Arbeiter. Thun schildert die Aachener Arbeiter als eine unter dem Druck der Fabrikanten und Geistlichen groß gewordene Menge, die dumpf und kumm in bedauernswürdiger Lage dahinlebte; in unwürdiger Furcht, die Mühe in der Hand vor dem Herrn stehend, und in tiefer Unterwürfigkeit nur stotternd mit ihm redend; ebenso den Verpflichtungen seiner Kirche mit Ungestlichkeit nachkommend. Ihr Leben sei n u r v o n z w e i E l e m e n t e n erfüllt gewesen: Mit den geringsten äußeren Anstrengungen den beiden größten Schreckmitteln: Hunger und Fülle zu entgehen.

Diese Arbeiterschaft zu organisieren, sie zur Solidarität und Erkenntnis ihrer Massenlage zu erziehen, war die gewiß eben so schwierige als verdienstliche Aufgabe, der sich Cronenberg unterzog. Im Jahre 1869 gründete Cronenberg in Aachen den Paulusverein, den er in den sozialen Dienst der Arbeiterschaft stellte. Eine gleichfalls von Cronenberg gegründete Baugenossenschaft zum Bau von Arbeiterwohnungen führte als erstes Werk den Bau eines Vereinshauses aus, das Paulushaus, das mit seinem großen mehrere 1000 Personen fassenden Saal zum Mittelpunkt der Cronenbergischen Agitation wurde.

Cronenberg verstand es, in die bisher so stumpfe Masse der Aachener Arbeiterschaft Selbstgefühl und Solidarität zu bringen und sie zu einheitlichem Handeln zu bewegen. Dabei war Cronenberg aber auch ein gefürchteter und erfolgreicher Gegner der Sozialdemokratie. Ueberall trat er den Sozialdemokraten entgegen und redete sie nieder. Im Jahre 1870 brachte es die Sozialdemokratie bei der Wahl auf kaum 50 Stimmen.

Man sollte meinen, die leitenden katholischen Kreise in Aachen hätten diesen Mann, der neben seiner Eigenschaft als Geistlicher auch ein wirklicher Volksmann war, der die Sozialdemokratie erfolgreich zurückdrängen und aus den Arbeitern Menschen machte, gar nicht hoch genug schätzen können. Aber weit gefehlt. Gerade seine Verdienste rechnete man ihm zum Verbrechen an. Daß er die Sozialdemokratie zurückdrängte, ließ man sich zwar gerne gefallen, daß er die Arbeiter aber selbstständig denken und handeln lehrte, machte ihn diesen Herren gerade so verhaßt wie die Sozialdemokratie, und Cronenberg wurde denn auch schlimmer von ihnen behandelt als je ein Sozialdemokrat vom Zentrum behandelt wurde.

Je mehr sich die Arbeiter unter Cronenbergs Leitung ihrer Solidarität, ihrer Macht bewußt wurden, desto mehr erkannten sie, was ihre bisherigen Freunde für sie gethan, oder rüdtiger, nicht gethan hatten. Sie wurden ungeduldig, und als die leitenden Zentrumskreise noch immer keine Miene machten, sich auf ihre Pflicht zu besinnen, da berief Cronenberg im Dezember 1873 einen Kongreß der katholischen Arbeiter Westdeutschlands nach Aachen ein. In dem Auftruf betonte er, daß er weder mit der katholischen Presse noch mit den katholischen Vereinen sich befreundet fönne, da erstere wohl politische und religiöse Fragen erörterte, den Kern der sozialen Frage aber unberührt ließe; deshalb sollten die christlich-sozialen Arbeitervereine selbstständig vorgehen. Auf diesem Kongreß wurde ein weitgehender Arbeiterstreik gefordert. Neben einem Normalarbeitsstag von 10 Stunden in Fabriken und 8 Stunden in Bergwerken, Abschaffung der Sonntagsarbeit, doppelter Entlohnung der Arbeiterinnen, Verbot der Frauenarbeit in Fabriken, empfaß der Kongreß neben der Gründung von Produktivgenossenschaften auch die Schaffung einer allgemeinen über ganz Deutschland sich erstreckenden Arbeiterorganisation. Weiter forderte der Kongreß aber auch das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Berufe.

Ein zweiter Kongreß, der am 7. und 8. November 1875 stattfand, erweiterte die auf dem ersten angenommenen Forderungen und verlangte die Errichtung von Büros für Auskunftsverteilung bei Haftbefehlansuchen, Arbeits- und Wohnungsnachweise und Leihzimmer. Eine 1873 gefaßte Resolution, in der der Kongreß sich an den katholischen Alerus mit der Bitte wandte, für die Errichtung von Arbeitervereinen thätig zu sein, wurde, ein bemerkenswertes Zeichen der wachsenden Erkenntnis, aufgehoben, und weiter empfahl der Kongreß den katholischen Arbeitern, bei den Reichstagswahlen eigene Kandidaten aufzustellen.

Die geringe Wandlung, die unter der Arbeiterschaft Aachens durch die Thätigkeit des Kaplans Cronenberg Fleck gestiftet hatte, schildert Thun in folgender Weise: „Die Arbeiter begannen einzusehen, daß nicht nur Protestanten, Juden und Liberale ihre Gegner waren, sondern auch viele fromme Katholiken, und daß, wenn es sich ums Geldverdienen dreht, der ultramontane Bourgeois sie nicht besser behandelte wie der liberale; in ihnen löste sich die Ueberzeugung, daß die sozialen Mißstände größtentheils materieller Natur seien, und die Arbeitervereine sich vorzugsweise mit der materiellen Seite ihrer Lage befassen müßten. Die Arbeiter forderten immer dringender, über den kirchlichen Fragen die soziale nicht zu vergessen.“

Im Jahre 1873 fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Die katholischen Arbeiter Aachens wandten sich in einer mit mehreren tausend Unterschriften versehenen Adresse an die Konstantia, dem Aachener Wahlverein der Zentrumsparthei, mit dem Entzuden, bei der Auswahl der Kandidaten auf die Wünsche der Arbeiterbevölkerung Rücksicht zu nehmen. Die Adresse wurde in den Savierkorb geworfen und gar nicht beantwortet. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1874 und bei der Reichswahl stellten die katholischen Arbeiter Aachens dem offiziellen Zentrumskandidaten in der Person des Kaplans Cronenbergs einen Arbeiterkandidaten gegenüber, der auch 2500 Stimmen erhielt.

Damals war aber der Krieg zwischen der Zentrumsleitung in Aachen und den rebellierenden katholischen Arbeitern erklärt und die Zentrumsbourgeois nahmen ihn auf von allen Seiten. Man war sich darüber klar, daß

mit Cronenberg die ganze Bewegung der katholischen Arbeiter in Aachen fiel und stand, und so suchte man denn mit allen Mitteln, den verhassten Arbeiterführer im Talat zu stürzen.

Man begann zunächst den Paulusverein zu verdächtigen, daß er mit den von ihm veranstalteten Festen und Vergnügungen Verschwendung und Unberücksichtigung der Arbeiter großschleie. Die Geistlichkeit von der Banzel und das der Zentrumsbourgeois dienbare Zentrumsorgan „Echo der Gegenwart“ wetteiferten förmlich in Anklagen und Verleumdungen gegen den Cronenbergischen Verein als Förderer der Unfrömmigkeit und Trägheit. Der eigentliche Grund des Vorgehens gegen Cronenberg aber, sagt der Schriftsteller Thun, war der, „daß er eine selbstständige Arbeiterparthei gegründet hatte mit eigenen Zielen und befreit von der ultramontanen Bourgeoisie und Geistlichkeit. Die Hirten sahen ihre Schäfschen, die schüchternsten und folgksamsten am Rhein, davonlaufen, ohne auf ihre Stimme zu hören. Diese Selbstständigkeit der katholischen Arbeiterschaft war die Quintessenz der gegen Cronenberg erhobenen Vorwürfe.“

Die Freunde und Helfer, die Cronenberg unter den Aachener Kaplänen hatte, mußte man bald von ihm abziehen und gleichzeitig rief man die h o c h e G e i s t l i c h k e i t gegen Cronenberg zu Hilfe. Cronenberg und sein Freund, der Kaplan Dr. L i n g e r , der am längsten zu ihm hielt, mußten vor dem Kölner Erzbischof erscheinen, um sich zu verantworten. Das unerhörte Auftreten Weider, vor Allem aber wohl der Umstand, daß zur Zeit der Kulturkampf tobte, verhinderte ihre Maßregelung; sie kamen mit einem B e r w e i s e davon.

Nachdem dieser Versuch zum Sturze Cronenbergs mißglückt war, bohrte man an anderer Stelle an. Die von Cronenberg gegründete Baugenossenschaft wurde durch die allgemeine Geschäftskrisis in ihren Grundlagen erschüttert. Die finanzielle Lage wurde bedenklich. Die Hülfskongregation kündigte eine auf dem Paulushause ruhende Hypothek von 17,000 Thaler. Der Arch stand vor der Thür. Cronenberg, der sich nach allen Seiten um Hilfe wandte, hatte in Duisburg mit dem Freiherrn von Schorlemer-Nist und anderen hervorragenden Zentrumsführern Unterredungen; es wurde ihm auch Hilfe zugesagt, aber unter der Bedingung, daß er in Zukunft nie wieder einen Verein oder ein Blatt leite! Das war deutlich. Cronenberg dankte.

Nach langen Bemühungen gelang es Cronenberg, einen Aachener Privatmann zur Deckung der ausfallenden Hypothek zu bewegen. Der Schlag war parirt; aber die frommen Gegner Cronenbergs ließen nicht locker; weitere Anträgen und Forderungen wurden impenitent, wiederum Hypotheken gekündigt; die Baugenossenschaft fallirte.

Ein Schritt nach dem anderen wurde Cronenberg aus der Hand gerungen. Dazu kam noch schöner Verrath. Der Vorstand des Paulusvereins war von Konstantia gewonnen und Cronenberg dadurch ein weiteres Zusammenarbeiten mit diesen Leuten unmöglich gemacht worden. Cronenberg forderte Neuwahl des Vorstandes und legte, als diesem Verlangen nicht stattgegeben wurde, sein Amt als Vorsitzender nieder, in der Hoffnung, so die Neuwahl zu erzwingen. Er hatte sich verrechnet. Der Vorstand nahm seine Amtsniederlegung zwar an, hütete sich aber wohl, eine Generalversammlung zur Neuwahl einzuberufen. In die Spitze des Vereins trat nun ein Werkzeug der Konstantia, der Kaplan T e u s , der nach seiner eigenen Bekundung von der sozialen Frage keine Bohne verstand.

Vernichtet war Cronenberg aber trotz alledem noch nicht, und ungebrochen war auch der Einfluß, den er auf die Arbeiterschaft ausübte; er siedelte mit seinen Getreuen in ein Privatlokal über, too er den Verein, sowie auch die Wochenchrift „Paulus“ fortführte.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1877 stellten die katholischen Arbeiter Aachens nochmals die Forderung, das Zentrum möge einen die Arbeiterinteressen berücksichtigenden Kandidaten aufstellen. In der Versammlung, in der die Lage der Arbeiter geschildert, ihre Wünsche dargelegt wurden, fertigte Herr Dr. L i n g e n s , der den Vorsitz führte — derselbe Herr, der seiner Zeit die Unteroffiziere als Stellvertreter Gottes bezeichnete —, die Redner der Arbeiter mit den Worten ab: „Ach was, soziale Fragen sind soziale Phrasen, die in den Köpfen der Arbeiter spuken.“ Das zündete bei den Arbeitern. Bei der Wahl erhielt der von ihnen aufgestellte Kandidat, Kaplan L a a f , 414 Stimmen, gegen 4192, die auf den o f f i z i e l l e n Zentrumskandidaten fielen.

Cronenbergs Verein blühte, der seiner Gegner ging zurück. Der Strohmann Teus brachte ihn nach und nach auf anderthalbhundert Mann herunter, die zudem noch unter sich zerfallen waren. Ihm wurde ein letztes Mittel gegen den verhassten Arbeiterführer versucht. Bei der Staatsanwaltschaft lief eine Denunziation gegen Cronenberg ein, wonach er sich widernatürlicher Anzucht schuldig gemacht haben sollte. Während des Verfahrens schriebte, kam die Reichswahl zum Reichstag 1878. Cronenberg als Kandidat war unmöglich, seine beiden Freunde, die am längsten an seiner Seite blieben, die Kapläne Laaf und L i n g e r , entschuldigten sich mit Krankheit; ein Webet Breuer, den man noch in letzter Stunde aufstellte, erhielt 800 Stimmen. Die katholische Arbeiterparthei war verjämurdet, schreibt Thun.

Unterdef fand Gerichtsverhandlung gegen den Kaplan Cronenberg statt. Drei Zeugen traten gegen den Angeklagten auf; welcher Qualität dieselben waren, mag man daraus ersehen, daß der Staatsanwalt während der Verhandlung zu einem derselben, einem Kellner, äußerte: Sie gehörten eigentlich auf die Anklagebank. Nach der Verhandlung verständig dieser Edel auf Nimmerwiedersehen. Von den beiden anderen Zeugen, Vater und Sohn, starb der eine im Gefängnis, der andere erhängte sich im Zuchthaus. Leute, die Einblick in die Verhältnisse hatten, hielten Cronenberg für unschuldig und sahen in ihm das Opfer einer gegen ihn gesponnenen Intrigue. Thun schreibt: Der Prozeß bedeckte eine Reihe von Unfrömmigkeiten auch bei Cronenbergs Gegnern auf; der Denunziant belastete sich selbst mit der nämlichen widernatürlichen Unzuchtigkeit, deren er Cronenberg anklagte; zwei andere Männer wurden zu 3 und 6 Jahren Zuchthaus verurteilt; Cronenberg erhielt ein Jahr Gefängnis.

Der katholische Sozialismus in Aachen war zu Ende. Das Zentrum triumphierte. Wie lange? Die Todesjünde der sterbenden Partei war die Geburtsstunde einer neuen, schliefst nun sein Kapitel. Am Abend des 30. Juni 1878 wurde der guten Stadt Aachen verkündet, daß fast 1000 Stimmen für den Sozialdemokraten Rebel abgegeben seien! — (Fortsetzung folgt.)

„Oh, diese schlechten Zeiten“!

Große rote Plakate, die sogar den Weg bis vor die Fabrikthore der Kraußschen Lokomotivfabriken fanden, und zu einer großen Versammlung einluden, veränderten den Metallarbeitern Münchens: „Jahresbilanz der Kraußschen Lokomotivfabriken, 3,101,726 Mk. Rohgewinn, 12 Proz. Dividende, 800 Arbeiter entlassen, 10—15 Proz. Weniger Verdienst“.

Der Saal zu dieser Versammlung, die am 8. Mai stattfand, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zahlreich hatten sich die Metallarbeiter eingefunden und nahmen zum Schluß mit Entrüstung Kenntnis, daß trotz des guten Abschusses, den das Geschäft erzielte (der Bericht hebt das Entgegenkommen der Auftraggeber lobend hervor), seitens der Firma die Arbeiter desto rücksichtsloser behandelt wurden. Man erblickte hierin die größte Provokation und mißte diese — wenn die Arbeiter die richtige Antwort geben wollen — durch Ausbau der Organisation weit gemacht werden.

Die Krise, die gerade auch in München mit ungeahnter Behemung auftrat, schlug der Arbeitererschaft tiefe Wunden. Hierzu kam noch das provokatorische Gebahren einzelner Unternehmer und das Bestreben, die Verheerungen der Krise die Arbeiter allein tragen zu lassen. — Die Organisation war es, die alle Hebel in Bewegung setzte, um den Arbeitslosen zur Seite zu stehen. Eine Arbeitlosen-Deputation der Metallarbeiter wurde beim Ministerpräsidenten Grafen von Crailsheim, beim Minister des Innern Freiherrn von Feilitzsch, dem Generaldirektor der Eisenbahnen v. Ebermeier, sowie dem Herrn Bürgermeister v. Borcht vorstellig, um dahin zu wirken, daß Notstandsarbeiten beschaffen werden, die Arbeitszeit in den Staats- als auch Privatbetrieben verkürzt wird, wozu der Staat als Auftraggeber in erster Linie mitwirken sollte.

Man versicherte der Kommission überall das größte Wohlwollen; es sei Alles schon geschehen, was man thun hätte können. Wie das Geschehene seitens des Staates aussieht, wissen unsere Arbeitslosen am besten. Einige Zugeständnisse und Wenden der Herren wollen wir jedoch festhalten und daran uns zu gegebener Zeit erinnern, aber auch um den Arbeitern zu zeigen, was für offene Ohren und Hände Regierungsmenschen für die Notlage der Arbeiter haben.

Minister v. Feilitzsch erklärte auf das Verlangen nach Arbeitszeilverkürzung: „Der Achtstundentag ist nicht eingeführt und wird nicht eingeführt.“ Generaldirektor v. Ebermeier erklärte beim gleichen Anlaß: „Diese Ansuchen würden zur Regel werden und es könne diesem Verlangen daher nicht stattgegeben werden.“ Also trotz des Notstandes nicht einmal Ausnahmen. — Hatten schon die leitenden Staatsmänner nur leere Hände für die notleidenden Steuerzahler, so war erst recht von dem Unternehmertum nichts zu erhoffen.

Wir hatten bisher keinen Anlaß genommen, über die Metallindustriellen Münchens zu berichten, jedoch oftmals die Meinung aufzutauern, in München ist noch nicht so schlecht, es sind keine Schwarzmacher dazwischen (wenigstens in der Metallbranche) und die Unternehmer wären aus einem besseren Stoffe als andernwärts. Ja diese Anschauungen wurden leider oft von Männern selbst kopiert. Sie sollten aber gründlich eines anderen belehrt werden. Gerade die Firma Krauß, die sich gerne mit dem Nimbus der Humanität und Wohlthätigkeit umgibt, war es, die den Arbeitern den Star gestochen hat. Die Arbeiter hatten noch nie so recht Gelegenheit gehabt, die Herren dieser Aktiengesellschaft auf Herz und Nieren prüfen zu können und so blieb der Schein der Wohl- und Mithätigkeit ununterbrochen gewahrt. Wo Millionen und Abermillionen aus nur Hunderten von Arbeitern herausgehändelt werden, gibt es auch Gelegenheit, auf die Wunden der Arbeiter Pfälsterchen zu legen, wofür die Arbeiter sich dann noch dankbar erweisen sollen. Dem Prinzip, daß „Meine Geschenke die Freundschaft erhalten“ wurde man nicht untreu.

Jedoch die zur Jarce herabgewürdigte Humanität ging mit Eintritt des schlechten Geschäftsganges ganz in die Brüche. Die Aktiengesellschaft ist im Besitze dreier Filialen, zwei in München, eine in Linz. Vom Jahresbericht ist die Arbeiter-ahl in allen drei Filialen von 2264 auf 1985 Mann zurückgegangen, insgesamt ein Minus von 279 Arbeitern. Man wurden aber in den beiden Münchner Filialen bis zum April 1902 ca. 800 Arbeiter abgelegt, darunter ungefähr 800 auf die Straße gesetzt. Es muß demnach, und der Bericht selbst führt ja eine Erweiterung der Filiale in Linz an, daselbst eine Arbeiterzunahme von ca. 800 Mann stattgefunden haben. Jeder einigermassen sachlich Denkende wird nun glauben, daß die Firma, die hier überflüssigen Arbeiter zum Teil nach dorten überwies hätte. Weit gefehlt. Die ausgeschwendeten und ausgeraderten Arbeiter konnte man doch nicht dorthin überweisen, war man doch froh, sie hier weggebracht zu haben. Wohl rührten sich die weiterbeschäftigten Arbeiter, damit man Menschlichkeit an ihren Mitarbeitern walten lasse. In einer großen Versammlung vorigen Jahres im August beschloßen die Arbeiter gegen eine einzige Stimme, lieber auf ihre Kosten die Arbeitszeit zu verkürzen, damit die Entlassungen hintanhalten werden könnten. Jedoch die Rechnung war ohne die Herren Direktoren gemacht. Dem Metallarbeiterverband, der ein diesbezüg. Schreiben an die beiden Firmen richtete, antwortete die Arbeitszeit pro Tag um eine bis zwei Stunden zu verkürzen, oder pro Woche nur 5 Tage zu arbeiten, wurde folgendes mitgeteilt: „Zur Bestes Ihrer beiden an die Direktoren unserer Fabrikfabriken Marsfeld und Sendling gerichteten Zuschriften vom 29. d. M. sehen wir uns bemüht, Ihnen darauf zu erwidern, daß wir es für allemal ablehnen

müssen, in Fragen, welche unsere Geschäfts- und Betriebsführung betreffen, mit Personen oder Korporationen zu verhandeln, welche außerhalb des Fabrikverbandes stehen. Verlangensvoll Lokomotivfabrik Krauß u. Comp., A.-G. W a u m a n n. S u r l e r.“

Auf Grund dieser sehr weitgehenden Liebenswürdigkeit seitens der Direktoren appellierten wir an die Einsicht des Vorstandes des Aufsichtsrathes, Herrn Kommerzienrath Krauß, selbst, damit er die Ansicht der Direktoren fortrichte. Schon nach zweimaligem Anschreiben fand es auch der Herr Kommerzienrath für angebracht, uns darauf aufmerksam zu machen: „Daß der Aufsichtsrath der Gesellschaft nur dann befugt ist in die Thätigkeit des Vorstandes einzugreifen, wenn derselbe die Interessen der Gesellschaft schädigen sollte, was im vorliegenden Falle keineswegs der Fall ist. Also die Gesellschaft ist nicht geschädigt, der Profit winkt, aber was aus den Hunderten, auf die Straße geworfenen Arbeitern wird, kümmert diese „Wohlthäter“ nicht.“

Die gleiche Gesellschaft, die die Rücksicht ihrer Auftraggeber dieses und voriges Jahr lobend hervorhebt, nimmt nicht die geringste Rücksicht auf die Arbeiter. Die Herren, die in rücksichtsvoller Weise die Arbeitszeit nicht verkürzten, brachten es aber fertig, den Arbeitern den Verdienst um 10—15 Proz. zu schmälern. Das was also die Arbeiter freiwillig ihren Mitarbeitern zugedacht haben, hat nunmehr die Aktiengesellschaft für sich eingestreckt. Der schlechte Geschäftsgang war zu allem gerade ein gesundes Pressen, um Vorwände gegen die Wünsche der Arbeiter zu haben.

Wie die Gesellschaft abgeschnitten hat, geht aus der Bilanz hervor: 3,101,726 Mk. Rohgewinn, wogegen für Arbeitslöhne nur 2,321,774 Mk. ausbezahlt wurden. Bei einem Vortrag von 279,710 Mk. betrug der Reingewinn dieses Jahr 1,281,171 Mk. gegen 1,476,587 Mk. des Vorjahres. Dividenden kamen 12 Proz. zur Verteilung gegen 15 Proz. im Vorjahr. Die Antwort auf die Frage der Münch. M. v. vorigen Jahres, warum im Vorjahr nur 15 Proz. Dividende vertheilt wurden, da doch der Reingewinn um 337,280 Mk. den des Vorjahres übersteige und damals über schon 18 Proz. vertheilt wurden, ist die Aktiengesellschaft heute noch schuldig und sie wird auch diese Frage, warum die Schiebung so gemacht wurde, daß heuer 12 Proz. zur Verteilung kommen, schuldig bleiben.

Doch warum fragen wir, wo wir doch wissen, daß man mit uns ein für allemal nichts zu thun haben will; antworten wir uns doch selbst.

Man kann doch nicht so unborsichtig sein und jetzt noch mehr Dividende vertheilen wie beim guten Geschäftsgang. Wo 800 Arbeiter auf die Straße gesetzt und die Verdienste bedeutend verkürzt wurden mit der Motivierung, das Geschäft erheide es, das Geschäft gehe schlecht. Da muß es schon bei 12 Proz. sein Wenden haben. Angesichts der jetzigen Geschäftslage wurden für 1902 184,863 Mark mehr in Vortrag als im Jahre 1900 eingesetzt, damit die Herren Aktionäre in diesem Jahre nicht schließlich leer ausgehen müssen. — Wie vorjorglich!

Auch läßt man die 1,400,000 Mk. „junge“ Aktien dieses Jahr mit dem gleichen Prozentjah an der Dividende theilnehmen wie die „alten“ Aktien. Die „Jungen“ dürften sich voriges Jahr nur die Hälfte der Prozente der „Alten“ überern. 1899 mußten die „armen jungen Papierchen“ sogar leer ausgehen. Besser kamen die alten Aktionäre 1898 davon. Die Fonds waren zum Ueberlaufen voll vor lauter „Sparen“ natürlich, jedoch dieselben um 1,4 Mill. Mark erleichtert werden mußten. Für diese 1,400,000 Mark erhielten die Aktionäre Freizeaktien, die heutigen „Jungen“ geschenkt. Dieses Jahr sind nun die „Jungen“ für „volljährig“ erklärt worden. Würde man dieselben noch als „Minderjährige“ wie voriges Jahr geführt haben, hätte man ebenso den Mehrvortrag mit vertheilt, so wäre die Gesellschaft in der Lage gewesen 18 Proz. Dividende und fast 128,598 noch 145,461 Mk. mehr trotz der schlechten Konjunktur zu vertheilen.

Aber auch sonst hat das Geschäftsjahr schlecht abgeschnitten. Die Immobilien mußten sich einen Zugang von 400,000 Mk. die Einrichtungen einen solchen von 210,000 Mk. gefallen lassen. Die Kreditoren erscheinen nur mehr mit 458,000 Mk. gegen 2,07 Mill. Mark im Vorjahr, also auch hierüber konnte die Firma 1,611,000 Mark Schulden abtragen. Das Grundkapital beträgt nunmehr nach den im Jahre 1898 hinzugegebenen Aktien 1,0 Mill. Mk. Die Reserven und die diversen Fonds betragen die Mehrzahl von 3,929,722 Mark. Und das im gleichen Zeitraum, wo man hunderte von Arbeitern mit ihren Familien dem Hunger überantwortet, der Rath und dem Elend entgegenreißt. Jede Bewegung der Arbeiter aber wird mit Entlassung geahndet. Grundrüber ist nicht leicht den Arbeitern unsere berechtigte gütliche Weltordnung zu schildern, wie es diese Gesellschaftsräben wider Willen thun.

Arbeiter, warum rührt Ihr Euch nicht? Seid Ihr Euch nicht zu gut, Grundheit und Leben nur für die Herren Aktionäre in die Schanze zu schlagen? Die Krankenziffern in dem, mit den neuesten Sanitätsverordnungen, mit den hygienisch wie sanitätsmäßig geradenumkurviden ausgestatteten Werkbetriebe, weisen folgendes Bild auf (hierbei ist eine der drei Fabrikkrankenkassen zum Vergleich herangezogen): Auf ein Mitglied der Krankenkasse treffen in den Jahren 1896—99 13,6 Krankheitsstage, von 1891—95 13,8 und von 1896—1900 14,8 Tage, währenddem sich im gleichen Zeitraum bei der Krankenkasse II für Metallarbeiter in München, der so nur die diversen gesundheitsförderlichen Stellen der „Alten“ zugehören, folgende Tage ergeben: 5,64, 5,68 und 5,55 Tage. Wie viel hier verbesserungsbedürftig ist, ergibt vorstehender Vergleich zur Genüge. Das Ueberhandnehmen, verbunden mit der dorthin sehr schmerzhaft betriebenen Skordisziplin, ist diesen verheerenden Einfluß auf die Gesundheit des Arbeiters aus. Wollten die Herren einmal human sein, dürften sie bloß hier, an den beiden Grundübeln der Modarbeit, die heutzutage Hand anlegen. Es dürfte alsdann auch eintreffen, daß der unter allen Fonds so jämmerlich behandelte Reservefonds der Krankenkasse keine gesehliche Döde er-

reicht. Oder glaubt man genug geleistet zu haben, wenn man die Ursachen der Krankheit alle beseitigt, dafür aber das Loch in der Krankenkasse mit eilichen 1000 Mk. wieder nachdürftig stopft?

Nach die Unfälle haben sich nicht nur vermehrt, sie sind auch schwerere geworden, was aus der Zahl der Krankheitsstage, welche pro Unfall treffen, hervorgeht. In den drei schon weiter oben angeführten Jahresfünfteln betragen die Unfälle auf je 100 Arbeiter 18,68, 24,68 und 21,19. Krankentage trafen auf einen Unfall 14,03, 18,25 und 15,03 Tage.

Also trotz der Fortschritte im Heilverfahren und den Vorschriften für Arbeiterschutz eine durchgehende Verschlechterung der Arbeiterlage. Alles was zum Schutze des Arbeiters geschaffen worden ist, ist durch die Ansprüche an die Leistung der Arbeiter illusorisch gemacht worden. Das Gaste bei der Modarbeit, wozu auch ein ausgeprägtes und zielbewusstes Beaufsichtigungssystem das Nöthige beiträgt, sowie die Ueberstunden- und Nachtschichterei, ist ja zum großen Theil „deshalb“ eingeführt, damit die Leute etwas verdienen.

Wirklich sind die Arbeiter selbst so leichtsinnig und setzen Leben und Gesundheit frivol aufs Spiel. Oder sehen sie sich deshalb der Gefahr aus, um von den jährlichen Spenden von 50,000 Mk. für den Arbeiterunterstützungsfonds auch etwas zu bekommen?

Schlug dem Herrn Betriebsleiter, dem die roten Plakate mit den herten Zahlen den Ausruß entzückten ließ: „Ob so etwas auch polizeilich erlaubt sei,“ vielleicht das Gewissen? Es ist kaum zu glauben.

Wie lange, wollen wir die Arbeiter fragen, soll es noch dauern, bis auch der letzte unter Euch diese herrliche und gerechte Weltordnung nicht mehr berkennt und seinen Platz in den Reihen der für Menschlichkeit und Wohlthätigkeit kämpfenden einnimmt? Die Befreiung aus dem Karitativgefesseln kann nur das Werk der Arbeiter sein. Jc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern und Verwaltungen des II. und V. Agitationsbezirks diene hierdurch zur Nachricht, daß auf die von den Prüfungscommissionen in Vorschlag gebrachten Kollegen

Fr. Schlegel, z. B. in Hannover, für den II. Bezirk, und Otto Vogt in Magdeburg für den V. Bezirk als Bezirksleiter vom Vorstand gewählt wurden. Die Thätigkeit derselben beginnt mit 1. Juli 1902.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die Nichtzahlung der Extrabeiträge Entziehung stamtarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Altenburg eine wöchentliche Extrasteuer von 5 Pfg. pro Mitglied, der Verwaltungsstelle in Gelsenkirchen-Schake eine monatliche Extrasteuer von 10 Pfg. pro Mitglied, der Verwaltungsstelle in Schmalbach, Sektion der Aluminiumschläger, eine Extrasteuer von monatlich 10 Pfg. für männliche und 5 Pfg. für weibliche Mitglieder, der Verwaltungsstelle in Würzburg eine monatliche Extrasteuer von 10 Pfg. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verbandsverbande wird nach § 3 Abs. 7a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nürnberg: der ? Georg Wögelin, geb. am 25. Januar 1882 zu Crailsheim, Buch-Nr. 320,621, wegen Unterlassung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fischenheim: der Schloffer Oswald Lehmann, geb. am 31. März 1872 zu Straubing, Buch-Nr. 464,518, wegen Unterlassung von Verbandsgeldern.

Wieder aufgenommen werden auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bayreuth:

die im Jahre 1900 wegen Streikbruch ausgeschlossenen Former Michael Baumling und Karl Liebler.

Der in Nr. 18 publicirte Ausschuß des Schleifers Alfred Hartwig wird hiermit zurückgenommen, da derselbe inzwischen seinen Verpfändungen nachgegeben ist.

Sodann ist richtig zu stellen, daß das in Nr. 16 ausgeschlossene Mitglied nicht Wöbter, sondern Gölter heißt.

Wegen der betreffen der Anträge auf Ausschluß aus dem bezw. Nichtwiederaufnahme in den Verband wird hierdurch den nachstehend verzeichneten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß beziehenden Vorwürfe mit dem Bemerken gegeben, daß sie, sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses hin sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Zeit getagt:

Dem früheren Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle in Fischenheim, Former August Schuhmacher: Verrechnung einflussiger Lokalgelder.

Gewarnt wird vor dem Feilenhauer Paul Samig, geb. am 21. Dezember 1865 zu Eberswalde, der ohne Erfüllung seiner Verbindlichkeiten aus Potsdam abgereist ist.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Erhard Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Aus den Agitationsbezirken.

An die Verwaltungsstellen im III. Bezirk (Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.)

Die Druckfachen für die Neuempfehlung des Arbeitsnachweises der Klempner, Rohrleger und Installateure sind vor kurzem versandt worden. Es müssen alle Verwaltungsstellen Plakate zum Aushang in den Wirtschaften erhalten haben.

Sollten nach irgend einem Orte zu wenig Plakate gekommen sein, oder sonst etwas von den Sendungen fehlen, so bitte ich das Fehlen zu verlangen.

Die Plakate dürfen nicht - was ich schon beobachtet habe - in der Wohnung der Verwaltungsbeamten liegen bleiben, sondern müssen in den Wirtschaften ausgehängt werden.

Mit kollegialem Gruß

H. Rohlfach, Stettin, Beringerstraße 78.III.

Korrespondenzen.

Formen.

Crimmitschau. Der Chef der Eisengießerei und Ofenfabrik von Paul & Söhne maßregelte am 17. Mai einen Kernmacher, welcher seit nahezu vier Jahren bei ihm gearbeitet hatte, weil der Kernmacher agitatorisch tätig war.

Halle a. d. S. Bei der Firma Starck haben die Kollegen, nachdem die Kündigung abgelaufen ist, die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen an anderen Orten werden ersucht, dies zu beachten.

Mitradberg. In der Eisengießerei von Kaspar Berg (Wögelbock) erhalten tüchtige Formen einen Tagelohn von 2 Mk. 50 Pf. bis 3 Mk. 50 Pf., dabei werden die Arbeiter noch mit ungläublichen Bezeichnungen besetzt.

Metallarbeiter.

Berlin. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am Montag, den 5. Mai, in den Germania-Restaurants eine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 1. Quartal d. J. ersattet der Rendant Behold. Einnahme und Ausgabe in der Hauptkasse balancieren in der Summe von 88.235,44 Mark.

Hierauf begründete Cohen einen Antrag zum Gewerkschaftsstatut, den die Vertrauensmännerkonferenz der Versammlung zur Annahme empfiehlt. Der Antrag bezieht sich auf die Resolutionen, welche die Gewerkschaften bekanntlich auf Veranlassung der Lederarbeiter angenommen haben.

Beierfeld bei Schwanenberg. (Klempner, Schleifer und Metallbrücker) In der Metallwaarenfabrik Albert

Frank wurde in der Schleiferei, Drückererei und Klempnerei am 26. April eine Lohnreduktion bis zu 15 Prozent vorgenommen, die schon am 24. April in Kraft getreten ist, ohne die Arbeiter vorher davon zu benachrichtigen.

„Tüchtige Metallbrücker auf Weißblech und Messingwaaren sucht für sofort Albert Frank, Metallwaarenfabrik, Beierfeld im Erzgeb.“

Die Arbeiter allerorts werden um Solidarität gebeten. Eine Aeußerung des Herrn Frank sei hier wiedergegeben, die er bei der Auseinandersetzung mit den Brüdern gebraucht. Er sagte u. a.: Die Arbeiter müssen noch froh sein, wenn sie 15 Stunden arbeiten dürfen.

Essen. In Nr. 18 des Regulator (S.-D.) vom 2. Mai ist es der Kassirer des Ortsvereins Essen I, welcher es sich anmaßt, über die letzte Krupp'sche Bewegung ein Urtheil zu fällen. Er behauptet, daß die S.-D.-Gewerkschaften es zuerst gewesen seien, die gegen Krupp'sche Mißstände Protestversammlungen einberufen hätten.

Am 25. März fand eine Versammlung ohne Vertreter der S.-D. statt und endlich, am Charfreitag, den 28. März war man bei den Hirschen so weit gekommen, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, welche aber äußerst schlecht besucht war. Diese Versammlung und alles übrige, was von den S.-D. an die Öffentlichkeit bringt wird aber nicht von dem Vater der 10 kleinen Ortsvereine gemacht (Essen I) ist der Erklärer von 10 Ortsvereinen in Essen und nächster Umgebung, sondern gewöhnlich von den Kleinsten dieser 10 Ortsvereine, Altendorf II, woran sich Essen I einmal ein gutes Beispiel nehmen könnte.

Magdeburg. Sonntag, den 11. Mai fand im „Reifenpark“ eine Generalversammlung statt. Der Geschäfts- und Kasienbericht (den Anwesenden gedruckt vorliegend) wird vom Kollegen Boß erstattet.

einschließlich eines alten Bestandes von 5495,88 Mark, 13,943,08 Mk.; die Ausgabe betrug 8443,64 Mk., worunter 6133,90 Mk. Arbeitslofenunterstützung. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 2859, gegen den Schlusß des Vorjahres weniger 329.

Stadlau (Oesterreich.) Ueber die Elektrizitätswerke Union in Stadlau bei Wien ist die Sperre verhängt. Kein organisirter Arbeiter oder Modellzeichner nimmt in dieser Fabrik Arbeit, sondern hält den Zuzug fern.

Rundschau.

Protest des deutschen Städtetages gegen den Volkstarif. Im Hotel Kaiserhof in Berlin protestirten am 12. Mai die Vertreter deutscher Städte gegen den Volkstarif.

Mit der Vertheuerung der Lebensmittel müßte eine Verschlechterung der Lebenshaltung des kleinen Mannes eintreten, und hiergegen sich zu wenden sei Sache der städtischen Verwaltungen. Es handle sich daher keineswegs um eine Frage politischer Charaktere.

Hierauf sprach Stadtrath Dr. Reigert: Berlin über die Schädigung, welche Handel und Industrie in den Städten aus den hohen Zöllen entstehen würde. Gerade durch den Abschluß günstiger Handelsverträge hätten Handel und Industrie ihre große Entwicklung genommen.

beitsverträge seien durchaus notwendig, damit die jetzige Position von Handel und Industrie befestigt bleibe.

Die „Wahrheitsliebe“ der Hirsch-Dunderianer fand in einer am 10. Mai im Gewerkschaftshause zu Berlin abgehaltenen Metallarbeiterversammlung ihre gerechte Würdigung. In der letzten Nummer des „Regulator“, Organ des Gewerkschafts deutscher Maschinenbau- u. Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) befindet sich nämlich eine in der Hauptsache völlig falsche Darstellung über die Beendigung des Streiks bei der Firma Litman-Mariensfelde. Es heißt da, der wahre Grund der plötzlichen Streikbeendigung liege in der — Maiseier. Und wörtlich: „Die Arbeitgeber haben beschloffen, wer am 1. Mai nicht zur Arbeit erscheint, wird auf 1—2 Wochen ausgesperrt, und da die große Masse, wie bereits mitgeteilt, diesen verurteilten aller Feiertage mitfeiern wird, so bedarf der Verbots Mittel, um die Ausgesperrten zu unterstützen und deswegen wird ein wirklicher, berechtigter Kampf der Arbeiter auf solche unglückliche Weise beendet.“

Der Vorstehende Cohen rief den Anwesenden noch einmal den Verlauf jenes Streiks ins Gedächtnis. Danach ist der Streik lediglich deshalb als ausichtslos aufgehoben worden, weil sich in der Fabrik bereits ebenso viele „Arbeitswillige“ eingefunden hatten, als Streikende vorhanden waren, so daß der Unternehmer schon dazu übergehen konnte, die weniger brauchbaren Elemente unter den Arbeitswilligen auszusieben. Es sei also entweder Thorheit oder Völlerei, zu behaupten, daß der Streik aufgehoben wurde, um die dadurch ersparte Streikunterstützung den zu erwartenden Gemäßigten vom ersten Mai zukommen zu lassen. Das Letztere erübrige sich auch schon deshalb, weil nach der Beendigung eines Streiks die vollberechtigten Mitglieder auf Kosten der Hauptmasse so lange ihre volle Unterstützung beziehen, bis sie wieder in Arbeit stehen. Von der Unterdrückung eines berechtigten Streiks könne also keine Rede sein. — Da von der Leitung des betreffenden Hirsch-Dunderischen Vereins Niemand zur Verteidigung jener Notiz erschienen war, der einzige Anwesende jener Richtung aber nur sehr unklare Antworten auf die ihm gestellten Fragen gab, so wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die das Geschreibsel im „Regulator“ als wahrheitswidrig kennzeichnet. Gleichzeitig gab die Versammlung ihrem Unwillen Ausdruck über die Art, wie das Hirsch-Dunderische Blatt sich über die Maiseier auszulassen beliebt.

Die Krankenversicherung soll auf die Seimarbeiter ausgedehnt werden und zwar soll die Versicherung am 1. Jan. 1903 beginnen. Der vom Handelsminister Müller ausgearbeitete Entwurf der zu diesem Zweck zu erlassenden Verordnung, der demnächst den Bundesrat beschäftigen wird, liegt gegenwärtig den Regierungspräsidenten zur Begutachtung vor. In der ihm beigegebenen Begründung heißt es:

Die Ausdehnung der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Hausgewerbetreibenden bietet Schwierigkeiten besonders um deswillen, weil eine Versicherung der Bedingten für den Wettbewerb in der Hausindustrie vermieden werden muß und weil die vielfach sehr dürftige Lage der Hausgewerbetreibenden Schonung erfordert. Der erste Gesichtspunkt macht es erwünscht, daß die Krankenversicherung für Hausgewerbetreibende in den verschiedenen Teilen Deutschlands einheitlich geregelt wird; der zweite Gesichtspunkt legt die Frage nahe, ob eine zusammenfassende Einbeziehung aller Hausgewerbetreibenden in die Krankenversicherung, oder ob der Erlass besonderer Anordnungen für bestimmte Gewerbezweige vorzuziehen sei. Der Entwurf beabsichtigt, allen Zweigen des Hausgewerbes, mit Einschluß vorübergehender Beschäftigung für eigene Rechnung, die Wohlthäter der Krankenversicherung zugänglich zu machen. Der Entwurf hat auch davon abgesehen, die Versicherungspflicht von einer Obergrenze oder Untergrenze des Arbeitsverdienstes abhängig zu machen.

Die Hauptbestimmungen des Entwurfes lauten: 1) Die Anwendung der Vorschriften des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes wird auf selbstständige Gewerbetreibende erweitert, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden, und zwar auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen und auch für die Zeit, während welcher sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten. 2) Die Ans- und Abmeldung des Hausgewerbetreibenden erfolgt durch ihre unmittelbaren Arbeitgeber. 3) Für die Einzahlung der Beiträge und der Eintrittsgelder für die Hausgewerbetreibenden und für ihre versicherungspflichtigen Familienangehörigen, vorbehaltlich der Wiedereinziehung nach Maßgabe von §§ 53, 54 Abs. 6 des Krankenversicherungsgesetzes, die unmittelbaren Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden, in deren Auftrag die Waaren hergestellt oder bearbeitet sind. Als Gesamtschuldner, neben dieser Haftung, bleiben die Hausgewerbetreibenden selbst für die Einzahlung der Beiträge und die Eintrittsgelder für ihre versicherungspflichtigen Familienangehörigen haftbar. 4) Die Beiträge für die Hausgewerbetreibenden und für ihre versicherungspflichtigen Familienangehörigen sind zu zwei Dritteln von den Hausgewerbetreibenden und ihren versicherungspflichtigen Familienangehörigen, zu einem Drittel von den unmittelbaren Arbeitgebern der Hausgewerbetreibenden und falls durch diese als Zwischenpersonen die Beschäftigten vermittelt ist, von denjenigen Gewerbetreibenden zu bestreiten, in deren Auftrag die Waaren hergestellt oder bearbeitet sind.

Die Hausgewerbetreibenden haben für die Zeit vorübergehender Beschäftigung für ihre eigene Rechnung die Eintrittsgelder und die vollen Beiträge für ihre Person aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Beschäftigten sie in dieser Zeit versicherungspflichtige Familienangehörige, so haben sie auch für diese die Eintrittsgelder und Beiträge einzuzahlen und die Beiträge zu einem Drittel zu tragen, während die übrigen zwei Drittel von den versicherungspflichtigen Familienangehörigen zu tragen sind.

Seltene Gründe gegen einen Anspruch auf Invalidenrente brachte der Assessor Dittrich als Vertreter der Versicherungsanstalt in einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht in Bräunau zur Geltung. Der Hausweber Schubert

aus Wildenfels hatte Antrag auf Gewährung von Invalidenrente gestellt, ist jedoch damit von der Versicherungsanstalt abgewiesen worden, weil er angeblich nicht im Sinne des Gesetzes invalid sein soll. Die Untersuchung durch den Sachverständigen ergab jedoch vollständig Invaldität. Aufser einem Magen- und Darmleiden wurde festgestellt, daß die Gesamternährung ganz erheblich gelitten hat, so daß Arme und Beine furchtbar abgemagert sind. Diefes sei der Kläger um mindestens 75 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt. Mit diesem Gutachten des Sachverständigen war jedoch der Vertreter der Versicherungsanstalt keineswegs einverstanden und erklärte: „Wo wollen wir denn hinkommen, wenn wir solchen Leuten mit diesen dicken Backen und dem vollen Haupthaar Rente bewilligen wollen? Man muß doch bedenken, daß der Mann nur ein Weber ist!“ Nachdem der Sachverständige sein obiges Gutachten, wonach er den Kläger als für 75 Prozent rentenberechtigt erklärt, zu Protokoll gegeben hatte, gab der Vertreter der Versicherungsanstalt, Regierungsassessor Dittrich folgendes zu Protokoll: „Der Kläger macht einen gesunden, kräftigen Eindruck und hat volles Haupthaar!“ Zu seiner Begründung führte der Regierungsassessor nochmals aus: „Im vorliegenden Fall sei die Bewilligung einer Rente ein Privileg des Mißbrauchs, des Alkohols und des Tabakgenusses. (1) Man müsse auch die Unterbilanz, mit der die Versicherungsanstalt arbeite, in Betracht ziehen.“ (!) Dem gegenüber erklärt der Sachverständige, Herr Dr. Geipel, nochmals, er habe den Kläger auch auf Tabak- und Alkoholgenuß untersucht, jedoch nichts finden können, was auf Mißbrauch schließen lasse, wovon sich alsdann auch das Gericht selbst überzeugte. Dem Kläger wurde schließlich eine Invalidenrente von jährlich 156,80 M. zugesprochen, weil man den Beweis für die Invaldität als erbracht ansah; die „Argumente“ des Vertreters der Versicherungsanstalt werden dadurch jedoch nicht abgeschwächt.

Krupp als Wohlthäter. Krupp läßt seine Arbeiter auf seine Kosten nach Düsseldorf zur Ausstellung fahren, und die Unternehmerpreise bezahlt sich, die Welt mit dem nötigen Lärm von dieser Wohlthat in Kenntnis zu setzen. Den Arbeitern wurde diese Wohlthat durch Anschlag in den Werkstätten bekannt gemacht. In einer Werkstatt wurde nicht unter dieser Beschriftung eine andere angeschlagen, in der den Arbeitern ein Lohnabzug von 20 Prozent angekündigt wurde!

Krupp überweist der Arbeiter-Pensionskasse seiner Werke eine größere Geldsumme, und wiederum bezahlt sich die Presse, den großen Wohlthäter zu preisen. Gleichzeitig werden in verschiedenen Werkstätten eine ganze Anzahl Arbeiter mit Dienstzeiten bis zu 17 Jahren entlassen. Welcher Segen ist der Pensionsfonds für die Entlassenen! Wahrscheinlich, es gibt keinen größeren Humbug wie die „Wohlthaten“ der Unternehmer an ihren Arbeitern!

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Die vierte Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes tagte vom 4.—10. Mai in Mainz. Aus dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß in Bezug auf die Mitgliederzahl ein Rückgang zu verzeichnen ist. Während im 1. Quartal 1900 noch 76,384 Mitglieder vorhanden waren, fiel diese Zahl Ende 1901 auf 67,341. Wie stark die Fluktuation unter den Mitgliedern war, geht daraus hervor, daß 1900/01 68,780 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren, also 1439 mehr, als jetzt überhaupt Mitglieder vorhanden sind. Dagegen haben sich die Zahlstellen um 49 vermehrt, so daß deren jetzt 591 vorhanden sind. Unter den Mitgliedern befinden sich 580 weibliche. Was die Kassensummen anlangt, so war am 31. Dezember 1899 ein Bestand von 252,310,80 M. vorhanden. Die Gesamtentnahme beziffert sich inkl. Bestand vom 31. Dezember 1899 auf 1,909,272,54 M., die Gesamtentnahme inkl. Bestand pro 1. Januar 1900 auf 1,828,159,76 M., so daß eine Mehr-Einnahme von 81,112,78 M. zu verzeichnen ist. Wie sehr der Vorstand sich mit Streitfragen zu befassen hatte, geht daraus hervor, daß allein in einer Vorstandssitzung nicht weniger als 35 Streits und Streitgegenstände auf der Tagesordnung standen. Besonders in kleineren Städten ist die Streitfrage oft sehr problematischer Natur. Leider ging auch der Münchener große Kampf um den Neuaufbau verloren, bei welcher Gelegenheit übrigens ein Darlehen von 136,000 M. aufgenommen werden mußte, welches mittlerweile zurückgezahlt ist. Die Urabstimmung über die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zeitigte das Resultat, daß die letztere mit 24,907 gegen 24,037 Stimmen beschlossen wurde. Zu dem Vorstandsbericht enthielt sich sehr lebhaft eine lebhafte Debatte, in welcher dem Vorstande u. A. auch eine gewisse Engstirnigkeit in Streitfällen vorzugesetzt wurde. Demgegenüber rechtfertigt der Vorstand seine Haltung in jedem einzelnen Falle und eine Reihe nicht direkt bestelliger Delegierten stimmten ihm zu. Im Allgemeinen wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesräte in Streitfällen freier als bisher vorgehen und die Lage härter prüfen mögen. Infolge Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde der bisherige Beitrag von 25 Pfg. pro Woche auf 35 Pfennig erhöht.

Der Jahresbericht des deutschen Bergarbeiterverbandes pro 1901 ist dieser Tage erschienen. Aus dem 38 Seiten umfassenden Bericht der uns am nächsten stehenden Förderorganisation wollen wir einiges Bemerkenswerthe anführen. In einer Heberlei über die wirtschaftliche Lage wird, mit reichem Zahlenmaterial belegt, konstatiert, daß auch im Jahre 1901 der wirtschaftliche Niedergang unaufhaltsam Fortschritte machte. Die Dürftigkeit der Kräfte in 1901 wird am besten veranschaulicht durch die Ermittelungen des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, wonach der Eisenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung Deutschlands pro 1900: 131, 1901 nur noch 89 kg. betrug. Die Kohlen- und Erzkörper liegen erheblicher Förderminderungen aus. Das rheinisch-westfälische Kohlenmineralien-Ordernge im 1. und 2. Quartal 1901 betrug im dritten 15 Proz. und im 1. Quartal 1901 20 Proz. Förderminderung an. Des Realprodukt, das am Jahresende 33½ Proz. Förderminderung anordnete, konnte trotzdem die erzeugten Kohlenmengen nicht unterbringen. Der Verkaufsvorteil für Ehenerze (Siegen-

Massau) schränkte schon Ende 1900 den Grubenbetrieb ein und 1901 gab es Erzgruben, die nur für 60 Proz. der Leistungsfähigkeit Verwendung fanden. Auch das lothringisch-luxemburgische Erzgebiet litt unter bedeutenden Minderungen. Die Löhne der Kohlen- und Erzbergleute sind durchweg zurückgegangen. Da neben dem Drücken der Lebenshaltung der Bergleute, die Behandlung derselben sich gleichfalls verschlechtert hat, wird in dem Bericht konstatiert, daß die Organisationsleiter nur mit Mühe einen allgemeinen Streik hintanhalteten. Fortschritte hat der Arbeiterklub auch im Bergbau in 1901 nicht gemacht. Die Mitgliederzahl war am Schlusse des Jahres 1901 38,042. Wenn auch eine erhebliche Zunahme der Mitgliederzahl nicht stattgefunden hat, so kann doch eine bedeutende Stärkung der Finanzkraft des Verbandes konstatiert werden. Im Geschäftsjahr 1900 entfiel auf das Mitglied pro Jahr eine Beitragseinnahme von 4,57 M. Dagegen in 1901 in demselben Zeitraum 6,25 M. Etilanen nicht nur seitens des Kapitals, sondern auch der Polizei und des Mecons blieben der Organisation nicht erspart. Streiks waren nur wenige im Jahre 1901 zu verzeichnen, dagegen desto mehr Maßregelungen. Die vom Verband errichteten Rechtsbüros (einschließlich der zuständigen Arbeitersekretariate) wurden von 12,481 Personen, die in Bergwerken beschäftigt sind, in Anspruch genommen. Bei der Agitation machte sich überall ein Mangel von hauptsächlich brauchbaren Kräften bemerkbar und vielfach mußten Nichtbergleute, die aber mit den einschlägigen Verhältnissen ziemlich vertraut waren, als Referenten herangezogen werden. Das Hauptbureau hatte in 1901 nicht weniger wie 8983 Eingänge und 84,708 Ausgänge. Die Einnahmen der Organisation betrugen in 1901 323,256,37 M., die Ausgaben 192,068,10 M.; darunter für Agitation 11,152,93 M., für Gemeindeförderung 9596,29 M., für Streikunterstützung 5629,50 M., für Rechtschutz 14,567,33 M. und für die Generalkommission 3661,88 M.

Litteratur.

Die von der Buchhandlung Vorwärts in Wochenheften zu 10 Pfg. herausgegebene illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ liegt jetzt bis zum Heft 19 vor. Neben dem mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückten Roman „Der Bastard“ von Spindler, der bei dem Leserkreis reichen Beifall gefunden hat, fesselt auch der sinnungsvolle und die Jugend, so daß wir wiederholt unsere Leser auf die Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verdrängung der leider auch in unseren Arbeiterkreisen noch vielfach verbreiteten Schundroman-Litteratur bestimmt ist. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Briefkasten.

Furtwangen, Kaiserlautern, Fels (Aemmer), Hannover (Schulze), Mainz, Saarbach und andere. Nächste Nummer. Ludwigsb. Gold allgemein gehaltenen Bericht nehmen wir nicht an.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Zu jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

- Alsfeld. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, in Bayerischen Hof, Köhlerstraße 8.
- Jugoburg. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, im blauen Hof.
- Garmersberg. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, in der Restauration zur Markusbrücke.
- Garmersberg. (Formel.) Sonntag, den 1. Juni, Morgens punkt halb 11 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Garmersberg.
- Garmersberg. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, bei Göhl, im Kreuz.
- Zeitz. Sonnabend, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, Göbler, Bohrer, Fräser u. f. m. bei Diefel, Ackerstr. 123. — Sonntag, den 25. Mai, Vormittags 10 Uhr, Feilenarbeiter bei Meißner, Gaußstraße 123. — Sonntag, den 25. Mai, Vormittags 10 Uhr, Morgenprache der Schraubendreher bei Wegel, Wangenstraße 126. Die Vertrauensleute sind besonders eingeladen. — Montag, den 26. Mai, Abends halb 9 Uhr, für Rigdorf bei Mercier, Steinwegstraße 113. — Dienstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, chirurgische Branche bei Rimmann, Brunnenstraße 188. — Dienstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, Gold- und Silberarbeiter im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45. — Dienstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, Klemperer in den Armhallen, Kommandantenstraße 20.
- Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute. Sonnabend, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, für Moabit bei Fischer, Waldstraße 8. — Donnerstag, den 23. Mai, Abends halb 9 Uhr, für die Mechaniker im Gewerkschaftshaus. — Donnerstag, den 23. Mai, Abends halb 9 Uhr, für die Schlosser im Gewerkschaftshaus.
- Braunshweig. (Sämmtliche Sektionen.) Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, beide Eile. Vortrag über: Die englische Gewerkschaftsbewegung. Referent: Herr Landgerichtsrath Mülmann-Braunshweig.
- Braunshweig. (Formel.) Sonntag, den 25. Mai, Vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Weber 32.
- Greinerhagen. Sonnabend, den 31. Mai, im Colosseum, Blüchermeister Emsstraße.
- Greinerhagen. Jeden Dienstag nach den 1. und nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, im „Tivoli“, Tholstraße Nr. 23.
- Siedersdorf. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Saale zum Einhorn.
- Colmar i. G. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Schleifstadt“. Vortrag des Kollegen Gerold über: „Geltrigkeit“.

Danzig. Donnerstag, den 29. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokal, Robbänkengasse.

Dohheim. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, bei Gustav Stuhl, zur schönen Aussicht.

Dülken. Sonntag, 25. Mai, bei Ant. Müskes, Schulstr. Dasselbst Herbergslokal.

Eisenach. Freitag, den 30. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum frühlichen Mann.

Elberfeld. Samstag, den 31. Mai, Abends punkt halb 9 Uhr, im Volkshaus, Hochstraße 88.

Guden. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Bahnhofstraße.

Gesfurt. (Allgem.) Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Liboli, Magdeburgerstraße 51.

Gesfurt. (Klempner und Installateure.) Sonnabend, den 31. Mai.

Essen a. S. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen, Poststr. 18.

Feuerbach. Samstag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Flensburg. (Klempner.) Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, im „Mühlenpavillon“, Waigstraße 4.

Frankfurt a. M.-Sachsenheim. Freitag, den 30. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Bierheilig, gr. Rittergasse 66 in Sachsenhausen. — Samstag, 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Ablor“, Frankfurterstraße 53 in Rodenheim. — Für Spengler und Installateure am Samstag, den 31. Mai, im Gewerkschaftshaus, II. St., Kolleg Nr. 4.

Gelsenkirchen. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr bei Gerhard Ramps am Hermannsplatz.

Göppingen. Samstag, 31. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokal „Dreikönig“.

Guben. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Volksgarten.

Hagen i. W. Samstag, den 24. Mai, Abends 9 Uhr, bei Wittwe Sachs, Puppenbergstraße 7.

Halle a. S. (Klempner und Installateure.) Sonnabend, den 24. Mai, im Restaurant „Drei Könige“, II. Ulrichstr. 86.

Hamburg-Altona-Harburg. Jeden 2. Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, bei Lange, Sternstraße 79.

Hannover. (Klempner.) Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Wötter, Langestr. 2.

Harburg. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei E. Kuffenhop, I. Bergstr. 7.

Heidelberg. (Allgem.) Samstag, den 31. Mai, in der Brauerei Krauß, Hauptstraße 37.

Hirschberg. Jeden Sonnabend 8—11 Uhr Kassenabend im Gasthof zur Eisenbahn (am Bahnhof Rosenau).

Jena. (Allgem.) Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gasthof zur Krone.

Kalk. Dienstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der Deutschen Eiche bei Nikolaus Nied, Viktoriastr. 70.

Karlruhe. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Monat im Gasthaus zum Löwen.

Karlruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, den 24. Mai, kombinierte Versammlung im goldenen Adler.

Kiel. (Allg.) Dienstag, den 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Englischen Garten. Stichtwahl zum Gewerkschaftskongress. Mitgliedsbücher vorzeigen.

Köln a. Rh. (Formen.) Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, bei Bierhard in Deutz, Düsseldorfstr. 1.

Köpenick. Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats. Jeden Sonnabend von 8—9 Uhrabend bei Kochlig, Müggelheimerstraße 2. Ebenfalls Verkehrslokal.

Köthen. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Weingarten in Köthen. Die Bücher sind zur Revision einzureichen.

Kottbus. Samstag, den 31. Mai, im Lokal des Herrn West, Schloßstraße 12.

Krefeld. Samstag, den 31. Mai, Abends 9 Uhr, im Krefelder Bierhaus, Rheinstraße 134.

Lüdenscheid. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Rüggeberg, Grabenstraße.

München. (Siebmacher und Drahtarbeiter.) Samstag, den 24. Mai, bei Niedermaier, Klenzstr. 62.

Neu-Ruppin. Sonnabend, den 31. Mai, im Gesellschaftshaus bei A. Schröder, Gartenstr. 3.

Neumühlern bei Kiel. Jeden letzten Donnerstag im Monat in Först's Gasthof, Wellingsdorf.

Niedersiedlitz. Montag, den 28. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Lehmanns Restaurant, Groß-Schachwitz.

Nürnberg. (Kunst- und Bauhofslokal.) Samstag, den 24. Mai, im goldenen Mörser, Döschmannsplatz.

Oberhausen (Rheinland). Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Bollender, Blumenthalstraße.

Osternbach a. Rh. Montag, den 26. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Saalbau.

Osternburg. Sonntag, den 1. Juni, Nachm. 3 Uhr, im Schützen.

Ohligs. Samstag, den 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Frau. Kornweibel.

Penz. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats in Jitner's Restauration.

Rheydt. Jeden ersten Sonntag im Monat in Mch.-Glabbach, bei Angenfeldt, Mühlentstr., Vormittags 11 Uhr. Jeden dritten Sonntag im Monat in Rheydt bei Paland, Friedensstraße, Vormittags 11 Uhr.

Schmalzkalen. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der „Rosenau“.

Schw.-Hall. Samstag, 24. Mai, Abends 8 Uhr, im „Mühlhaus“.

Schwerin. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, gr. Moor 51.

Schwibus. Sonnabend, den 31. Juni, Abends 8 Uhr, bei Gust. Gaudolatsch.

Selbtsbrück. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Matthies, Hauptstr.

Solingen. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Johann van Gels, Cronenbergerstraße.

Stettin. (Wohlfahrer, Installateure und Helfer.) Montag, den 2. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Boigt, Gr. Ritterstr.

Stodum. Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, bei Reinickens.

Tuttlingen. Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, im goldenen Adler, Jägerhofstraße.

Velbert. Samstag, 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Herrn Heint. Otting, Poststr. 53.

Wiesbaden. (Allg.) Samstag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr bei Koob, Hermannstr. 1.

Wittenberg. Sonnabend, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Adler, Jüdenstr. 29.

Werbft. Samstag, 31. Mai, Abends 8 Uhr, bei Gerchland.

Berlin. Billets zum Besuch der Sternwarte Treptow sind im Bureau zum Preise von 60 Pfg. zu haben.

Bitterfeld. Adresse des Bevollmächtigten Neuestraße 21, ab 1. Juli Neuestraße 43. Kassierer: S. Schade, Börbigersstraße 14. Meisegeld von 7—8 Uhr Abends. Herberge: Restaurant Schladig, Töpferstraße.

Breslau. (Klempner.) Sonnabend, den 21. Juni, Sommernachtskränzchen in Speldrichs Ballsalon, Schweitzerstraße.

Gesfurt. Sonntag, den 1. Juni, Besichtigung der Brauerei Baumann. Die im Innern der Stadt und Übersgehofen Wohnenden treffen sich Vormittags 9 Uhr im Alten Schwan, Gotthardstraße, die Uebrigen im Daberstädter Hof, Daberstädterstraße.

Geschäftsführer gesucht. Für die Verwaltungsstelle Essen a. d. R. wird ein Geschäftsführer gesucht. Derselbe muß Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein. Anfangsgehalt 130 M. monatlich. Selbstgeschriebene Bewerbungen, enthaltend: Aufgaben eines Geschäftsführers, kurzen Lebenslauf, bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung überhaupt und Angabe des frühesten Eintritts sind bis spätestens den 7. Juni an Kollegen Adolf Pollmann, Essen a. d. R., Weisingstraße Nr. 54/II, mit dem Vermerk „Geschäftsführer“ einzusenden.

Geschäftsführer für Frankfurt a. M.-Sachsenheim gesucht. Für die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.-Sachsenheim wird ein tüchtiger, besonders mit dem Kassenwesen vertrauter Kollege als Geschäftsführer gesucht. Der Eintritt soll spätestens am 1. Juli d. J. erfolgen und werden nur Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Bewerbung zugelassen. Das Gehalt beträgt jährlich 1800 M. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angaben über Lebenslauf und bisherige Verbandstätigkeit sind unter Beifügung des Mitgliedsbuches bis zum 31. Mai incl. an den Kollegen Fritz Ehrler, Frankfurt a. M., Walschmidtstraße 80, Hinterhaus, 3. Stock, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, einzusenden.

Geschäftsführer für Hannover gesucht. In Folge der erfolgten Wahl des Kollegen Schlegel, unseres bisherigen Geschäftsführers, zum Bezirksleiter für die Provinz Schlesien, schreiben wir hiermit die Geschäftsführerstelle für die Verwaltung Hannover aus. Der Eintritt soll am 1. Juli 1902 erfolgen, jedoch müssen die Bewerber in der Lage sein, spätestens am 15. Juni hier einzutreten. Der Anfangsgehalt beträgt 1800 M. pro Jahr. Die Bewerber müssen Verbandsmitglieder sein. Alle Bewerbungen von Kollegen, die nicht mindestens 5 Jahre der Organisation angehören, bleiben unberücksichtigt. Der Bewerbung muß ein kurzer Lebenslauf und Angabe der bisherigen Tätigkeit beigelegt sein. Die Bewerbungsschriften sind bis zum 24. Mai 1902, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes in Hannover, Langestraße 2/II, einzusenden. Die Ortsverwaltung.

Hamburg-Altona-Harburg. (Feilenhauer.) Arbeitsnachweis bei Ludwig Rudolph, Hamburg, Kastanienallee 86, 2. Etage, Abends von 6—7 Uhr. Umschauen streng verboten. Bei Nichtbeachtung wird die Unterstützung entzogen.

Jandelsberg a. W. Lokalgeheim wird nicht mehr ausgehakt.

Mainz und Umgebung. Sonntag, den 25. Mai, Ausflug in die Hochburg der Fahrradwerke von Oppel nach Mühlheim. Dasselbst Festlichkeiten. Abfahrt 2 Uhr 20 Min. vom Centralbahnhof.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29) Hamburg.

Wiesbaden. Sonntag, den 8. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Koob, Hermannstraße 1.

Oeffentliche Versammlungen.

Gleiwitz. Sonnabend, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, im goldenen Stern, Breihsweigerstraße 53.

Mannheim. Montag, den 28. Mai, Abends halb 9 Uhr, im oberen Saale der Centralhalle, Q. 2. 16. Tages-Ordnung: Die Mannheimer Metallindustrie, die Krise und die Arbeiter. Referent: Redakteur R. Rudolph-Hirnberg.

Oppeln. Montag, den 2. Juni, Abends 7 Uhr. Ref.: Kollege Rißel-Breslau.

Ratibor. Sonntag, den 1. Juni, Vormittags 11 Uhr, im Wilhelmsgarten.

Gestorbene.

In Chemnitz der Schlosser Wilhelm Krause aus Neuhammer, 42 Jahre alt, Kehlkopfgeschwulst, und der Radelrichter Ernst Ritus Thierfelder, Proletarierkrankheit.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Der Preis für die dreigespaltene Perizeile beträgt 50 J.

Lackirer-Meister gesucht.

Für eine Eisengießerei in Mähren, welche sich mit der Erzeugung von Feinblechgeschäften befaßt, wird ein Lackirer für dauernde Stellung gesucht. Derselbe muß in allen feineren Lackirarbeiten durchaus bewandert sein, ganz selbstständig arbeiten können und Geschmeid für farbige Dekorationen von Salanteriewaaren aus Guß besitzen. Nur wirklich erste Kräfte können berücksichtigt werden.

Ehrliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der bisherigen Tätigkeit sind unter „Lackirer-Meister 3241“ an Rudolf Mosse, Wien, I. Seilerstraße 2, behufs Weiterbeförderung zu richten.

Um Angabe des Aufenthalts des Eisenbrechers Wilhelm Höpfer, geb. am 12. August 1878, bittet Hr. Schmidt in Schneidheim, O.-M. Heidenheim. [58]

Gustav Honemann
in Firma
H. Dachenhausen
Magdeburg, Breiteweg 83
empfiehlt

Kautschuk, tadellose Waare, dünne Stangen
2 Stangen 5 J 53

Danfuger, Pariser, St. Omer-Schnupftabak
echten Schmalzer, Fichtennadel, Seilgentabak
Gesundheitsstabak.

Wiederverkäufer gesucht!

Quittungs-Marken
u. Kautschuck-Stempel [26]
liefert sauber, schnell u. preiswerth
Friedr. Strohmeyer, Krefeld, Rheinstr.

Die Schmiedekunst von J. Keller, Schlossermeister, Düsseldorf, zum praktischen Gebrauch für Schlosser und Schmiede, komplett in 3 Bänden. * * *

Bd. I enthält 100 Tafeln moderner Entwürfe zu Thürfüllungen u. s. w. mit Preisberechnung.
Bd. II enthält 100 Tafeln moderner Entwürfe v. Thore, Balkone, Front-, Treppen-, Tisch- u. Grabgitter mit Preisberechnung.
Bd. III enthält 100 Tafeln moderner Entwürfe für Veranden, Bordächer, Firmenschilder, Thürnen und Thore, Beleuchtungsgegenstände, Blumen, Lampen, Ständer, Feuergeräthe, Grabkreuze u. s. w. mit Preisberechnung.
Jeder Band ist neu und einzeln für sich zum herabgesetzten Preise von 7 M. 50 J. (statt 10 M. 50 J.) bei G. Stomke, Buchhandlung, Krefeld. Es sind nur wenige Bände abzugeben. [59]

Technische Selbstunterrichts-Systeme Hamack-Hachfeld

1. Elektrotechnische Schule, 2. Maschinenkonstruktoren, 3. Werkmeister, 4. Monteur, Vorarbeiter u. Maschinist, 5. Bauschlosser u. Installateure. Jedes dieser Werke ist für sich abgeschlossen und erscheint in Lieferungen à 60 Pf. Diese räumlichst bekannsten u. von Fachpresse vorzüglich beurteilten Selbstunterrichtswerke ermöglichen es jedem strebsamen Techniker, ohne den Besuch einer technischen Fachschule sich dasjenige Wissen und Können anzueignen, dessen ihn tücht. Techniker bedarf. Ansichtsendungen sowie Teilsahlungen bereitwillig.

Borness & Hachfeld, Potsdam. 46

Achtung Schnupfer!
Praktische Schnupftabak-Dose à 60 Pfg. mit Füllung und Porto erhältlich
J. Maier, Stuttgart, Böblingerstraße 212.

Der Metallarbeiter.

Hilfs- und Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser.
Enthält Anleitung zum Härten, Bohren, Fräsen und Drehen. Die Fettberechnung & Drehen größerer Gegenstände auf der Mandrehbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das konisch Drehen mittels Reittisch u. Support. Gewindeberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewindeberechnungen für alle vorkommenden Gewinde, Konstruieren von Zahnräder, sowie Fräsen von Zahnrädern und anderes.

Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch
Const. Saas, Köln-Ehrenfeld,
Piusstraße 2a.

1 Stück M. 1,80 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M. 2,—, 2 St. 3,60, 3 St. 5,40, 5 St. 8,20 und 10 St. 16,— bei freier Zufendung. Bei 10 St. 1 Freigekopier.

Dasselbst zu beziehen: [44]

Der praktische Fabrik-Schlosser.

Enthält Mittheilungen über Erzeugung von Eisen, Stahl, Kupfer u., Behandlung des Stahls, sowie die Fehler in der Stahlbehandlung. Ausführlich über Härten des Stahls. Das Löthen. Das Nieten. Flächen- u. Körperberechnungen. Zahnrad-Berechnungen. Berechnungen der Tourenzahl von Maschinen u. s. w. u. s. w.

1 Stück M. 1,50 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M. 1,70, 2 St. M. 3,10, 3 St. 4,50, 5 St. 7,20, 10 St. 13 M. (bei 10 St. ein Freigekopier) bei freier Zufendung. [59]